

S

1465

Das
natürliche Staatsrecht.

Von
Theodor Schmalz, D.
Professor der Rechte in Königsberg.



Königsberg 1794.
bey Friedrich Nicolovius.

C. G. v. Stellen, Augustburg.

Sr. Hochgräflichen Excellenz,

dem Königl. Preuss. wirklichen geheimen Staats- und
Kriegsminister, des Königreichs Preussen Obermar-
schall, des Johanniter-Ordens Ritter, und Chef
des Ostpreussischen Pupillen-Collegiums,

Herrn Grafen
von Dönhof-Friedrichstein

Sr. Excellenz,

dem Königl. Preuss. wirklichen geheimen Staats- und
Kriegsminister, des Königreichs Preussen Ober-
burggrafen, Generalpräsidenten der Ostpreussi-
schen Landschaft und der Universität
Königsberg Curator,

Herrn von Ostau

Sr. Hochwohlgebohrnen,

dem Königl. Preussischen Präsidenten der Ost-
preussischen Regierung und des Pu-
pillen-Collegiums,

Herrn
von Winterfeld,
der Rechte D.

unterthänig gewidmet.

24. Hauptstück
dem Königl. Preuss. Hofe
die Ehre zu bringen
die Ehre zu bringen
die Ehre zu bringen
Herrn Grafen
von Dönhofs-Friedrichstein

St. Excellenz
dem Königl. Preuss. Hofe
die Ehre zu bringen
die Ehre zu bringen
die Ehre zu bringen
Herrn Grafen
von Dönhofs-Friedrichstein

St. Hochwohlgeb. d. d. 17. April 1791
dem Königl. Preuss. Hofe
die Ehre zu bringen
die Ehre zu bringen
die Ehre zu bringen
Herrn Grafen
von Dönhofs-Friedrichstein



V o r e r i n n e r u n g.

Dass die gegenwärtige Schrift sich genau auf das reine Natur-Recht, welches ich vor zwey Jahren heraus gab, bezieht, wird die Behandlungsart und die öftere Zurückweisung darauf zeigen.

Eben so, wie in jenen Aphorismen habe ich auch hier nur die Hauptideen und ihren Zusammenhang mehr angedeutet, als ausgeführt. So glaubte ich nemlich, würde hier und dort die nackte Darstellung die Wahrheit leichter erkannt machen, weil kein täuschender Schmuck den Irrthum mit ihr verwechseln läßt.

Uebrigens fühlte ich die Schwierigkeit meines Unternehmens sehr wohl. Es ist überall schwer da eine Meynung zu sagen, wo jeder die seinige schon ergriffen, und vielleicht schon oft vertheidigt hat. Wie nun in dieser Wissenschaft,

wo gerade itzt alles im heftigsten Kampfe begriffen ist.

Indess glaubte ich, dass dem, welcher nicht für das Interesse der Tages Neuigkeiten schreibt, zuerst keine Furcht vor den Grossen gezieme, dann aber auch die elende Furcht vor den Schreyern in Journalen oder in Klubbs oder an Mittagstafeln, welche sich lassen dünken, sie hätten den Geist der Zeiten.

Despotismus und Anarchie finden gleich wenig ihre Rechnung bey der Wahrheit. Gegen beyde kämpft sie. Die Zeit - Umstände können mehr ihre Waffen gegen den einen oder die andre richten. Aber ich schrieb nicht für diese. Wieland und Rehberg, Brandes und Genz mögen itzt ihre Pfeile gegen die Anarchie wenden, und dann erst, wenn sie endlich keinen Anhänger mehr hat, den Despotismus bekämpfen.

Königsberg, am 16ten Februar 1794.

T. S.

Inhalt.

I n b a l t.

Metapolitik.

- I. Sicherheitsbund überhaupt. §. 1—13.
- II. Politische Gesellschaft insbesondere, §. 14—17.
- III. Horde. §. 18—34.
- IV. Staat. §. 35—42.
- V. Resultate der Metapolitik. §. 43—54.

Absolutes Staatsrecht.

- VI. Vereinigungs-Vertrag. §. 55—70.
- VII. Unterwerfungs-Vertrag. §. 71—95.

VIII. Auf-

VIII. Aufnahme Vertrag. §. 96 — 102.

IX. Majestätsrechte. §. 103 — 108.

X. Aufsehende Gewalt. §. 108 — 111.

XI. Gesetzgebende Gewalt. §. 112 — 127.

XII. Vollziehende Gewalt. §. 128 — 144.

XIII. Aeussere Hoheiten. §. 145 — 160.

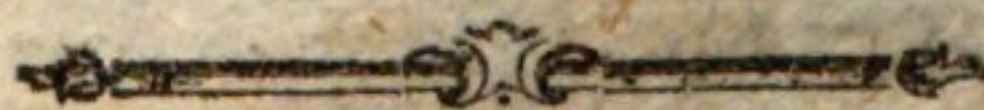
XIV. Innere Hoheiten. §. 161 — 195.

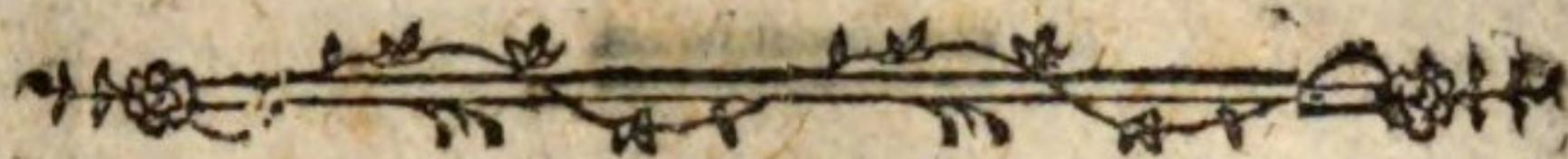
XV. Zufällige Majestätsrechte. §. 196 — 200.

Hypothetisches Staatsrecht.

XVI. Regierungsformen. §. 201 — 216.

XVII. Veränderungen derselben. §. 217 —





Metapolitik.

1.

1.

Tausendfache Gefahren bedrohen hienieden die äußern vollkommenen Rechte, also die Freyheit, des Menschen, theils von der Vernunftlosen Natur, theils und noch mehr von der Bosheit seiner eignen Brüder.

*) S. Reines Naturrecht. §. 33. vergl. mit 6. 31. 40.

2.

Gegen diese Gefahren Sicherheit zu suchen, beredet uns nicht bloß eine erlaub-

A 5

te

te Neigung, sondern gebietet uns selbst die Pflicht.

Denn, wenn wir nicht von uns selbst, sondern von andern abhängen: so steht selbst die Erfüllung der Pflichten, die wir erkennen, nicht sters bey uns. Wenn also gleich die Absicht, nicht die Ausführung unsere Pflichten erfüllt, wenn wir auch immer unter dem Druck einer Ungerechtigkeit, welche diese Ausführung hindert, noch unsere Gesinnung zur moralischen Würde erheben können: so gebietet doch eben das Gesetz, welches die Gesinnung von uns fordert, auch die Hinwegräumung jedes Hindernisses der äußern Pflichterfüllung — so weit diese Hinwegräumung nur immer in unserer Macht stehen kann.

3.

Die Erfahrung lehrt, daß eine Vereinigung mit andern, das würksamste Mittel sey gegen die Gefahren uns zu schützen.

4.

Eine solche Gesellschaft, wenn sie nicht etwa erlittenen Schaden zu ersetzen (*societas affecu-*

assecuratoria) sondern bevorstehenden Gefahren mit vereinten Kräften zu wehren, eingegangen wird, mag man einen *Sicherheitsbund* (*societas defensoria*) nennen.

5.

Ein solcher Sicherheitsbund enthielte denn einen doppelten Vertrag: 1) sich gegenseitig selbst von aller Verletzung unter einander zu enthalten — welches freylich schon das Recht der Natur überhaupt verbietet — 2) auch jeden ungerechten Anfall auf einen der Mitgenossen, oder jede andere Gefahr mit vereinten Kräften, so viel es möglich ist, zurückzutreiben.

6.

Doch wird die Gesellschaft keinen der Ihrigen gegen gerechte Ansprüche eines Fremden oder eines Mitgenossen in Schutz nehmen können.

Denn, weil sie dann eine Unterstützerin der Ungerechtigkeit würde, so verlöhre sie da-

dadurch mit ihrem moralischen Werth auch alle ihre rechtliche Kraft.

* R. N. R. §. 135.

7.

Hingegen wäre sie auch an sich gar nicht verbunden, auch noch so gerechten Ansprüchen Fremder wider einen ihrer Genossen ihren Arm zu leihen, ob wohl sie allerdings dazu berechtigt ist.

* R. N. R. §. 91. Uebrigens versteht sich, daß hier unter Rechten und Pflichten immer nur die vollkommenen verstanden werden.

8.

An sich zwar können alle Personen, welche Verträge schliessen können, auch Sicherheitsbunde eingehen. Aber natürlich wird niemand bey einer so wichtigen Gesellschaft jeden ersten zum Genossen annehmen, und ihm eine vielleicht gefährvolle Hülfe leisten. Man wird sich nur mit solchen verbinden,
die

die durch eignes Interesse verbunden sind,
die ihnen bewiesene Treue zu vergelten.

* Wer wird sich mit dem zu einer Caravane verbinden, dessen Interesse es gar nicht ist, gerade an den bestimmten Ort zu kommen und der nichts mit sich führt, was er verlieren könnte.

9.

Alle Verträge werden nicht durch die Worte verbindlich, (bestehen nicht einmal in Worten) sondern dadurch, daß der, welcher im Vertrauen auf das Wort des andern leistet oder sonst handelt, im Fall eines Wortbruchs wider seinen Willen, also widerrechtlich zu leisten oder zu handeln bestimmt wäre. Eben so wird der Sicherheitsbund durch die Leistungen, durch die Anstalten, die man im Vertrauen auf ihn traf, verbindend, ja ohne Worte durch sie selbst geschlossen. Man eilt bey Gefahren unverabredet zusammen, man hilft sich, hilft sich wieder, nimmt gegenseitige Verbindlichkeit dazu allmählig an, und der Sicherheitsbund ist geschlossen.

geschlossen, ohne Wort, ohne dafs die Schließenden vielleicht selbst es bemerken.

* R. N. R. §. 104 bis 108, vorzüglich den letztern.

10.

Uebrigens können die Sicherheitsbunde, auch außer der verschiedenen Art, wie sie ihre höchste Gewalt verwalten lassen, noch durch manche sie modificirende Nebenbestimmungen vielfach verschieden seyn.

* R. N. R. §. 126 — 129.

11.

So können einige nur auf gewisse Zeit geschlossen werden (*societas defensoria temporaria*) wie Caravanen; andere hingegen sind auf keine Zeit eingeschränkt (*societas defensoria perpetua*.)

12.

Einige können nur gegen gewisse Gefahren oder zur Sicherheit gewisser Rechte allein geschlossen werden (*societas defensoria minus plena*) wie ein Deichband zum Beyspiel; andere vereinigen sich zur Sicherung aller Rech-

Rechte gegen alle Gefahren (*societas defensoria plena.*)

13.

Endlich: in einigen kann der Sicherheitsbund selbst das einzige allgemeine Verhältniß seyn (*societas defensoria pura, unvermischter Sicherheitsbund*) — in andern kann außerdem noch ein anders allgemeines Verhältniß unter den Verbündeten Statt finden. (*societas defensoria mixta, vermischter Sicherheitsbund*)

II.

14.

Ein Sicherheitsbund ohne Einschränkung auf Zeit und gegen alle Gefahren aller Rechte kann eine *politische Gesellschaft* (*societas politica*) genennet werden.

* Um Zweydeutigkeiten zu vermeiden wähle ich lieber den Ausdruck politische Gesellschaft, als den: bürgerliche. Zwar hat der letztere Herrn Schlözers Autorität für sich — aber, ich meyne auch etwas anders, als Er.

15.

So lange noch die Menschen in der äußersten Wildheit der rohen Natur, als bloße Jäger oder Fischer, oder noch nicht einmal als solche, umher streiften, war eine politische Gesellschaft nicht gedenkbar.

Denn jeder unter ihnen hat kaum etwas mehr als sein naktes Menschenrecht, und so eigenthumlos ein bequemerer, stets bereites Mittel der Sicherheit in der Flucht. Unter solchen Menschen, werden selbst die Bande zwischen Mann und Weib, zwischen Mutter und Kind, nur durch thierische Bedürfnisse geknüpft, und die Nothwendigkeit der Nahrung nachzugehen, die Unmöglichkeit sich lange zusammen zu nähren, zerreiſet sie um so leichter, je schneller die Sättigung grober Sinnlichkeit Ueberdruß gebiert, und dieser den Haß erzeugt. Wie könnte also unter rohen, jähzornigen Menschen eine Gesellschaft von weniger mächtigem Interesse bestehen?

Als aber die steigende Cultur den Menschen der Humanität näher führte; als er
Eigen-

Eigenthum erwerben, und dadurch kennen lernte; als er eines Schutzes dafür bedurfte, welchen er für seine bloßen Urrechte nicht zu suchen angetrieben war: so konnten, so mußten politische Gesellschaften entstehen.

* Dafs das Eigenthum ohne die Gesellschaft möglich sey, und es dafür fremder Anerkennung nicht bedürfe s. R. N. R. Abschnitt VIII. — Robinson Crusoe vertheidigt das Seine sehr rechtmässig gegen Wilde, welche es rauben wollen. Aber er darf ihnen nicht wehren einen Baum auf der wüsten Insel zu fällen, an welchen er keine Hand gelegt hat. — Die Gesellschaft kann das Eigenthumsrecht erweitern, indem sie die Erwerbsarten vermehrt, die Verlustarten einschränkt. Aber, dafs sie erst Eigenthum hervorbrächte ist so unwahr, dafs sie vielmehr, durch Eigenthum erst veranlaßt wurde.

17.

Diese Gesellschaften sind die wichtigste irdische Angelegenheit des Menschen.

B

Denn

Denn sie sind nicht nur unerlässliche Bedingung aller Cultur zur Humanität, sondern ohne sie würden wir auch in allgemeiner Unsicherheit unserer Rechte und unserer Freyheit nicht als moralische Wesen (im Aeufsern) existiren können (§. 1. 2.)

* Humanität ist die Fähigkeit, die gröbern Freuden, d. i. welche wir mit den Thieren gemein haben, den feinem, deren wir auf Erden allein empfänglich sind, aufzuopfern. Freylich also nur Sinnlichkeit für Sinnlichkeit. Aber fähig gröbere Sinnlichkeit der feinem zu opfern, werden wir leichter fähig, alle Sinnlichkeit dem Gesetz zu unterwerfen. Die Cultur hat also an sich nicht absoluten Werth, aber sehr hohen Werth durch ihre Beziehung auf die Moralität, wozu sie sich gleichsam als eine Vorübung verhält. Schade, daß wir nicht einen deutschen Namen haben. Aber laßt auch nur dankbar gegen das alte Volk, dem unsere Väter den ersten Saamen der Cultur abstritten, ein Wort seiner Sprache dafür brau-

brauchen. Aufklärung erschöpft lange nicht jenen Begriff. Da klug seyn und gut seyn stets zweyerley ist, so liegt im Begriff: Aufklärung, gar nicht jene edle Beziehung auf Moralität, wie im Begriff Cultur — es sey denn, daß man eine Abhandlung über Aufklärung schriebe, und in den Begriff hinein definierte, was uns beliebt.

* * Sonderbar! der Jäger kennt die politische Verbindung nicht. Der Hirt fängt sie an. Der Ackerbauer vervollkommt sie. So geht also die heiligste Verbindung auf Erden, ja selbst unsre Cultur gleichen Schritt mit unserer — Nahrung.

III.

18.

Als die Menschen im Hirtenleben dauren-
des Eigenthum erwarben, (§. 16.) als das
Bedürfnis gegenseitiger Hülfe in dem Erwer-
be selbst, erst die Familien daurender band,
dann die moralische Liebe zwischen Mann

B 2

und

und Weib, zwischen Eltern und Kindern eben dadurch hervorbrachte, und endlich das neue Verhältniß zwischen Herrn und Knecht entstand: so vereinten sich allmählich die Menschen in *Horden* d. i. auf keine Zeit eingeschränkte Gesellschaften zur Sicherheit aller Rechte, welche Menschen, welche noch an kein Stück des Erdbodens gefesselt sind, eingehen. (*societas politica Nomadum*)

* Es ist zur Uebersicht bequemer, dies und das folgende, als Geschichte darzustellen, als aus unserer Völkerkunde Beyspiele aufzustellen. Zwar berechtigt uns diese nur zu jener historischen Darstellung.

19.

Solche Horden können nur auf eine zweyfache Art entstehen, entweder *monocratisch*, oder *pantocratisch*.

20.

I) *Monocratisch* — wenn ein Hausvater mit seinen Kindern und Knechten sich stark genug glaubt, seine Heerde gegen wilde Thiere und ihnen ähnliche Menschen zu ver-

vertheidigen (*Familien-Horde*, *societas politica nomadum domestica*.)

21.

In dieser Horde, war dann der Sicherheitsbund selbst nicht das einzige allgemeine Band unter den Mitgliedern, ja selbst nur ein zufälliges, indem das, welches sie als Familienglieder vereinigte, das erstere und stärkste war. (§. 13.)

22.

Das Pfand, welches hier für die Treue eines jeden bürgt, ist im Anfang theils die natürliche Liebe der Familienglieder, theils die Bequemlichkeit des Unterhalts für den Knecht. (§. 8.)

23.

Natürlich, wird das Verhältniß des Hausvaters, als Versorgers seines Weibes, seiner Kinder, seiner Knechte und als ersten hauptsächlichlichen Eigenthümers dessen, das vertheidigt werden soll, die höchste Gewalt in die Hand desselben geben.

* Der Begriff der höchsten Gewalt ist schon im allgemeinen Gesellschaftsrecht entwickelt.

** Das Verhältniß zwischen Eltern und Kindern wird mit Unrecht Gesellschaft genannt. Da ist kein gemeinschaftlicher Zweck, (in dem der Vater erziehen will und der Sohn sich dagegen sträubt) keine gemeinschaftliche Anwendung der Kräfte zu diesem Zweck, keine gemeinschaftliche Wahl der Mittel oder Uebertragung derselben.

*** Erinnern muß ich hier wieder, daß es in diesem Bunde gar nicht eigentlich auf Vertheidigung der Urrechte ankommt, sondern hauptsächlich auf die der erworbenen Rechte. (§. 16. *)

**** Das Verhältniß zwischen Herrn und Knecht (nicht das abscheuliche zwischen Eigenthümer und Slaven) ist eines der ehrwürdigsten unter unverdorbenen Menschen. Es ist widersinnig, alle Knechtschaft, als aus ungerechter Unterdrückung entstanden, anzusehen. Auch abgerechnet, daß keine
Luft

Lust zu herrschen entstehen konnte,
 ehe man herrschen gesehen hatte:
 so würde doch in jenem rastlosen
 Umherstreifen in den Wüsten der
 Unterdrückte sicherlich die erste
 Gelegenheit ersehen haben, zu
 entfliehen und seinem Tyrannen
 selbst einen Theil seiner Heerde (von
 Rechtswegen) mit fortzunehmen. Denn
 selbst durch Superstition gefesselt zu
 werden, wird der Mensch erst bey fort-
 schreitender Cultur, nemlich im Zeit-
 alter der Barbarey, fähig. Blieb aber
 ein Anfangs gezwungner nachher wirk-
 lich, etwa weil ihm die bequemere
 Nahrung besser gefiel, als sein voriges
 Umherdarben im Jägerleben: so grün-
 dete sich ja die Unterwürfigkeit doch
 auf Vertrag. Die Knechtschaft war also
 nicht Druck, sie war entweder Zuflucht
 des Unglücklichen, welcher durch Ge-
 schick, oder eigne Schuld seine Heerde
 verlohren hatte, oder die erste Stufe, über
 welche der rohe Jäger aus thierischer
 Wildheit zur Menschlichkeit einporstieg.

„Aber warum waren jene Menschen solche Thoren, daß sie nicht lieber selbst Heerden occupirten, als sich zur Wartung fremder Heerden verdingen.“ Ohne Zweifel darum, weil es leichter ist, sich die Occupation einfallen zu lassen, als zu occupiren, oder selbst zu stehlen; darum, weil der Uebergang vom Jägerleben zum Hirtenleben wenigstens eben so schwer war, als noch itzt der Uebergang von Armuth zu Reichthum. — Uebrigens versteht es sich, daß der Herr, welcher die Grenzen seiner Berechtigung überschreitet, dem Knecht, wie der Beleidiger dem Beleidigten verhaftet wird.

24.

II) Pantocratisch — entsteht eine Horde durch die Vereinigung mehrerer freyen Hirten (*henotische Horde*, *societas politica nomadum henotica*.)

Der

25.

In dieser Horde ist auſſer dem Sicherheitsbunde kein anders allgemeines Verhältniß unter den Mitgliedern.

* Nur im Fortſchreiten der Cultur mögen ſie zugleich auch eine Religionsgeſellſchaft bilden.

26.

Die henotiſche Horde kann alſo ganz frey über ihre höchſte Gewalt disponiren.

27.

Unter den Mitgliedern giebt jeder in ſeiner Heerde ſelbſt, das Pfand ſeiner Treue (§. 8.)

28.

Die gegenseitigen Hülfsleistungen knüpfen dieſe Hirten an einander, ſo daſs keiner einſeitig und ohne Bewilligung der übrigen die Horde verlaſſen kann.

Denn in jeder Leiſtung liegt die Bedingung der Gegenleiſtung; und im Zutrauen auf die Treue der übrigen trifft jeder Anſtal-

ten, unterläßt wenigstens sich mit andern vielleicht treuern zu vereinigen. (§. 9.)

* R. N. R. §. 104 — 108. Ich bin überzeugt, daß wenn ein mir sehr achtungswürdiger Schriftsteller, so bald er nur nicht gewisse Vordersätze zu seiner Beurtheilung der französischen Revolution mit Fleiß und im voraus eingenommen, suchen will, er finden werde, daß ich in jenem (§. 108.) außer der Autorität aller Menschen, auch die Wahrheit auf meiner Seite habe. Wenn also ein Hirt die Horde verlassen wollte, und den Vorwürfen der übrigen erwiderte: „Ihr seyd groſse Rechner des Nützlichen,“ diese ihm antworten könnten, wir sind nur genaue Rechner unsers Rechts.

29.

Die Familien-Horden werden am Ende henotische Horden, wenn auch immer die höchste Gewalt in den Händen eines einzigen bleibt.

Denn, wenn der Vater stirbt, und die Söhne im Horden Verein bleiben, so sind sie
freye

freye und unabhängige Hirten, ihre Horde also henotisch.

Den Knechten aber muß der Herr, wenn er sich und seinen Nachkommen die Horde erhalten will, ebenfalls mit der Zeit außer dem Unterhalt, Lohn geben. Er kann in jenen ersten Zeiten der Menschheit nur im Vieh bestehen. Mag also der Knecht auch immer dem Herrn noch Arbeiten zu leisten schuldig seyn, welche dieser vermöge der höchsten Gesellschaftsgewalt allein nicht fordern könnte: so ist er doch, sobald er selbst Eigenthümer ist, in einem andern Verhältniß als Knecht, in einem andern, als Sicherheitsbundes-Genosse, und in diesem als ein henotisch vereinter Mann zu betrachten, der sich gern der höchsten Gewalt seines Herrn unterwirft.

* Man vergleiche. 1 Buch Mosis. 29. v. 15. und 30. v. 30. f. f.

30.

Außer den persönlichen Kräften jedes Horden-Genossen, kann alles übrige, welches die Horde ihre Sicherheit zu schaffen anwen-

anwenden kann, das *Hordenvermögen* genannt werden.

31.

Dies Hordenvermögen kann offenbar in nichts anderm bestehen, als in ihren Heerden, und dem, was von den Früchten derselben, nach der Unterhaltung aller Menschen darin übrig bleibt. — Wenigstens giebt es unter jenen Menschen kein Eigenthum, was als übrigbleibend von ihrer Nothdurft angesehen werden könnte.

32.

Heerdenlose Knechte können nicht als Theilnehmer am Hordenverein selbst angesehen werden.

Denn sie sind ihren Herren und nicht der Horde verhaftet, müssen auch wider ihren Willen jenen zur Horde folgen, so lange ihre Dienstzeit währt, und haben weder gleiches Interesse an der gemeinen Sicherheit, noch gleiches Pfand für ihre Treue.

33.

Sie sind dagegen auch der Horde zu nichts verpflichtet.

- * Nur wenn es ums baare Leben geht, werden sie sich selbst mit vertheidigen, so wie, sagte Möser, im Deichbände auch der Nichtangefessene Steine und Sand trägt, wenn ein Deichbruch zu befürchten ist, der dem Leben eines jeden droht.

34.

Nur dürfen sie nicht bloß fordern, daß die Horden - Genossen sich selbst aller Verletzung ihrer Rechte enthalten, sondern auch, daß man sie gegen ungerechte Angriffe schütze.

Denn ohne Sicherheit würden sie nicht im Stande seyn ihre Pflichten gegen ihren Herrn zu erfüllen. Es liegt daher in ihrem Verdingsvertrage mit dem Herrn, wie in dem Hordenvertrage des Herren mit seinen Genossen, daß auch die Rechte seiner Knechte geschützt werden.

III.

35.

Die Horde kann zwar alle Rechte schützen, welche Hirten haben; aber nicht alle, welche Menschen haben können.

Denn der Boden ohne Cultur nährt die Heerde nicht lange und zwingt die Hirten stets andere Weiden aufzusuchen. In diesem steten Umherziehen ist es also unmöglich, daß die Horde gerade das für die Cultur wichtigste Recht des Menschen, schützen könnte — das Eigenthum am Grund und Boden.

* Ja, sie kennen dieß Recht nicht einmal, kennen es nicht einmal dann, wenn auch Ackerbauer rings umher sie in einen gewissen Kreis eingeengt haben. Denn daß nicht gesellschaftliche Verträge, sondern Ackerbau, (als Occupation oder Specification) den Boden der Erde in unser Eigenthum bringe, das ist an unsre Urrechte knüpfe — siehe R. N. R. §. 59. f. f.

** Ein Hirtenvolk kann also noch weniger den Begriff eines Territoriums haben.

Wo

Wo kein einzelner Eigenthum hat und kennt, wie sollte da Eigenthum aller gedenkbar seyn?

36.

Der Staat also, als der Sicherheitsbund ackerbauender Menschen unterscheidet sich von der Horde hauptsächlich dadurch, daß er erst alle erworbene Rechte des Menschen zu schützen im Stande ist.

* Das bedarf keiner Bemerkung, daß hier unter Ackerbau jede Bearbeitung des Bodens verstanden werde, welche Eigenthum desselben erwirbt, z. B. Umzäunung u. s. w.

37.

Aber so uneingeschränkt der Staat in Absicht der Rechte ist, welche er schützen kann: so eingeschränkt ist er in Absicht des Raums, innerhalb dessen er diess vermag. Denn er kann nur innerhalb der Grundstücke, welche seine Genossen eingenommen haben, ihre Rechte schützen, indem jeder der Mitgenossen an ein gewisses Stück Landes gefesselt ist.

38.

Der Verein kann aber unter den Staatsgenossen entweder, 1) schon vorher als Horde existirt haben, als Familien- oder henotische Horde, oder 2) er entsteht erst nach der Einführung des Ackerbaues unter den einzelnen Ansiedlern, und wird da wiederum, als Familien-Staat, oder als henotischer Staat existiren.

In dem Familien-Staate, wie in der Familien-Horde, wird, wie in einem vermischten (§. 13. und 23.) und monocratischen Sicherheitsbunde die höchste Gewalt vom Anfang in den Horden des Hausvaters seyn; dahingegen im henotischen Staat, die Genossen desselben frey darüber verfügen können.

Aber so wie die Horden am Ende alle henotisch werden, wenn sie gleich monocratisch bleiben (§. 29.) so wird auch der Familien-Staat am Ende henotisch, wenn entweder die Söhne eines Vaters dessen Ackerthei-

theilen, oder der Herr nicht bloß durch Benutzung eines Ackers sondern zugestandenes Eigenthum desselben seine Knechte lohnt.

41.

Das Staatsvermögen (§. 30.) ist vor aller Cultur und ehe der Luxus Handel und Künste herbeyruft, offenbar allein der Inbegriff der Landesproducte, (oder eigentlich dessen, was nach Abzug des Unterhalts aller Menschen im Staat, davon übrig bleibt) denn anders Eigenthum ist noch nicht da.

42.

Mit der steigenden Cultur, wenn Geld, Künste, und Handel eingeführt sind, werden gleichwohl die Naturproducte des Landes, das einzige Vermögen, der einzige Reichthum des Staats bleiben.

Denn, denkt Euch den Inbegriff dessen, was in einem Staate itzt von allen Naturproducten vorhanden ist, und bestimmt den Werth desselben nach einer beliebigen Taxe. Laßt nun einen Künstler ein beliebiges Stück

C

von

von dieser Masse (z. B. einen Tischler ein Stück Holz) nehmen, und es bearbeiten. Wenn es (z. B. der Tisch) fertig ist, so ist allerdings der Werth dieses Stücks (Holz) erhöht. Aber in der Zeit, in welcher es verfertigt wurde ist auch der Werth jenes Inbegriffs alles Vorraths im Staate, um so viel vermindert, als der Künstler verzehrt hat. Da nun der Künstler selbst den Werth seiner Arbeit taxirt, so kann er keinen Maassstab dafür nehmen, als das, was er indess verzehrt. Folglich wird der Werth jenes rohen Products genau um so viel erhöht seyn, als der Künstler während der Arbeit verzehrte. Es geht also bey der Veredlung der Producte so viel verlohren, als gewonnen wird, folglich wird dadurch das Staatsvermögen an sich nicht vergrößert.

Der Kaufmann aber, (da Geld nur Zeichen des Werths der Waaren ist, (tauscht. Er nimmt also ein Theil vom Landesvorrath (z. B. 1000. Scheffel Getraide) giebt sie dem Fremden und nimmt von diesem andere Sachen zurück. (z. B. 20. Ochsen) Vom Nationalvorrath ist also jenes abgegangen, dagegen

gegen ist das Eingetauschte hinzugekommen. Dieß muß also genau den Werth von jenem haben.

* Wenn man statt Eines Künstlers nun alle denkt, so wird sich einsehen lassen, daß der einzelne reich wird oder verarmt, je nachdem er weniger oder mehr während der Veredlung des Products verzehrt.

** Auch der Kaufmann berechnet, was er während des Umsatzes verzehrt. Er wird reich oder verarmt, je nachdem er bey mehrerem oder minderem Verzehren eine grössere oder mindere Masse vom Nationalvorrath vertauscht.

*** Der Grund, warum man so selten diese Wahrheiten, die so einfach sind, annimmt, liegt darin, daß man sie nicht begreift. Und man begreift sie nicht, weil man nicht unterscheidet, daß das Geld, welches eigentlich keinen Werth hat (das ist, kein Bedürfnis befriedigt) dadurch Werth erhält (für unser Bedürfnis nöthig wird) daß wir Zeichen brauchen. Das Geld selbst

wird dadurch und in so weit, eine Waare; diess giebt dann, die vielen Finanz - und Handlungsverwicklungen, bey denen es schwer ist, den ersten simplen Grundsatz vor Augen zu behalten, und sie darauf zu reduciren.

- * Der wahre Vortheil der Fabriken, des Handels pp. ist, daß die Naturprodukte gemehrt werden.

V.

43.

Der Staat (civitas) ist also ein auf keine Zeit eingeschränkter Vertrag zwischen Ackerbauern, alle äussere vollkommenen Rechte innerhalb eines gewissen Bezirk Landes gegen jede Gefahr zu vertheidigen.

44.

Der Entzweck des Staates, als eines Sicherheitsbundes, ist Sicherheit der äussern vollkommenen Rechte seiner Mitgenossen innerhalb seiner Grenzen.

45.

45.

Freylich können die Genossen desselben, so wie einzeln, so auch in anderweitigen Gesellschaften noch andere Zwecke haben, und in so fern sie hierauf ein Recht haben, muß der Staat sie ihnen allerdings schützen.

46.

Aber alle diese Zwecke, wie sie auch Namen haben mögen, sind dem Zweck des Staats, also alle diese Gesellschaften dem Staat untergeordnet, weil er die heiligste aller Gesellschaften ist. (§. 17.)

* Die ältern Staatsrechtslehrer hielten den Staat bloß für eine Anstalt eine Gewalt einzusetzen, welche den Ausbrüchen wilder Leidenschaft wehren möchte. Daher redeten sie immer von Pflichten des Bürgers allein, als ob es keine Rechte für ihn gäbe. Die neuern wollten, daß die Regenten allenthalben Glück verbreiten sollten, wie Gott; und vergaßen, wie gefährlich es den ersten Menschen war, als sie seyn wollten, wie

Gott. Daher schwatzen sie über die Rechte des Bürgers, als ob es keine Pflichten für ihn gäbe. Wie soll der Staat es wohl anfangen, uns glücklich zu machen? das ist, unsere Wünsche zu befriedigen. Kann er mehr als schützen? Ist das etwa zum Glück des Staats, daß der Generalpächter auspfändet, oder daß der Jacobiner guillottinirt, confiscirt, plündert, den Gottesdienst verbietet? denen aber, welche im Staatsrecht oder in der Politik Glück als Zweck des Staats annehmen, muß bald die Inconsequenz ihrer Folgerungen die Irrigkeit ihres Grundsatzes zeigen. Für eine Gesellschaft zu Glückseligkeit, wäre doch nichts zweckmäßiger, als die Errichtung eigener Prosperitäts Collegien und Bureau's, welche jeden einzelnen vernehmen könnten, worin er seine Glückseligkeit setze, und die dann den Weibern Putz und Männer, dem Jüngling seine Geliebte, dem Mann Ehre, und dem Greis Gold verschafften.

47.

Der Theil des Erdbodens, innerhalb dessen der Staat den Schutz der Rechte übernimmt, heisset sein *Gebiet* (territorium.)

48.

Dieses Gebiet ist nichts anders, als der Begriff der Grundstücke, welche ein Eigenthum der einzelnen Staatsgenossen sind.

* Von diesen geht erst in der Folge der *ager publicus*, die *via publica* ab. Unsere teutsche Fürsten sind für ihre dominen, (*ihr* Eigenthum, nicht des Staats, wie bekannt) beträchtliche Miteigenthümer am Gebiet.

49.

Da der Staat wie jede Gesellschaft sich im Anfange auf einen doppelten Vertrag gründet, so kann man die Mitgenossen des Staats, *Staatsbürger* in Rücksicht des Vereinungsvertrages, *Unterthanen* in Rücksicht des Unterwerfungsvertrages nennen.

* R. N. R. XI.

C 4

Der

50.

Der Inbegriff aller Menschen in einem Gebiete (Lande) heisset *Nation* (natio, nicht populus.)

51.

Die Nation besteht in zwey sehr verschiedenen Classen: *Grund - Eigenthümer*, und *Beywohner*.

52.

Die Grund-Eigenthümer sind die Herren des Gebietes, weil diess nur das Aggregat ihrer Grundstücke ist. (§. 48.)

53.

Die Beywohner wohnen auf fremden Grund, Boden, also nur auf besondern Contract mit dem einzelnen Eigenthümer.

54.

Sobald aber Cultur und Luxus sich gegenseitig in den Staat einführen: so kann es eine doppelte Classe von Beywohnern geben, theils *freye*, das ist, solche die von den Diensten Unterhalt haben, die sie jedem ohne Unter-

terschied leisten, theils *hörige*, die nur Einem ihre Dienste verdungen haben.

* In jedem Staat sind diese drey Classen von Einwohnern, 1) Grundherren, 2) freye Beywohner, 3) hörige Beywohner. Aber alle Verfassungen fast, haben es nicht verhütet, daß die Nachkommen der Grundherren auch dann noch als Grundherren angesehen wurden, wenn sie ihre Grundstücke verlohren hatten. Auch haben alle Verfassungen viele freye Beywohner gegen Geld oder für Verdienste mit den Grundeigenthümern zu gleichem Recht erhoben (*civitate donati* bey den Alten, *Geadelte* bey uns.) So waren in Athen 1) Bürger (Grundherren, oder ihre Abkömmlinge oder Gebürgerte 2) Fremde, die anständig waren, 3) Slaven. So hatte Rom. 1) *cives* (eben wie in Athen) 2) *latini et dedititii liberi* 3) Slaven. So haben wir 1) Adel (wie die Bürger Athens und Roms, selbst in der nemlichen Proportion gegen die Anzahl anderer Einwohner, wie in Rom

am Ende der Republik; Auch kommt unstreitig das Wort: *Adel* von *Od*: Besitzung — woher noch das Schwedische *Odel*, ein Gutsbesitzer. Denn das Wort edel mußte nach aller Sprach Analogie erst etwas sinnliches bezeichnen, ehe man es auf das geistige und moralische anwandte: 2) *tiers état*, 3) hörige Leute. Durch die Geadelten, und durch den Adel, der keine Güter mehr hat, vergessen wir, daß der *Adel*, eigentlich *Odel* war, und seyn sollte. So klar wir es in der Geschichte sehen können: so schwer ist es, wie es nach den bisherigen Versuchen darüber scheint, es zu sehen. Etwas historisch Gutes haben auch des Adels neuere Vertheidiger kaum gesagt.

** Man hat neulich unter den Menschen im Staate einen Unterschied gemacht nach dem, was sie verkaufen — und so vorzüglich die, welche *operam* prästiren, von denen, die ein *opus operatum* verkaufen, unterschieden. Allein in Rücksicht des Gewichts im Staat kann
dieser

dieser Unterschied nichts würken. Schon eben deswegen, weil er eingestandner Maasse zähllose Schwierigkeiten haben würde, und zu viel willkührliche Bestimmungen zuliesse. So würde zum Beyspiel der Schuster, der ein opus operatum verkauft, staatsrechtlich dann ganz anders anzusehen seyn, als der Schneider, welcher nur operam prästirt. Ueberall kann solche Zufälligkeit keinen Unterschied machen. Macht ihn etwa die Selbstständigkeit, indem der, welcher operam allein prästirt, nicht für sich bestehen kann? Das ist sehr scheinbar. Aber kann der, welcher opera operata verkauft, ohne andre mehr bestehen, als jener? Wenn niemand da ist, der sich operam prästiren läßt, oder opera operata kauft, so gehen beyde zu Grunde. Dann besteht der allein für sich, der die Naturproducte seines Bodens erwirbt, der Grund-Eigenthümer hat also allein auch Selbstständigkeit.

Abso-

Absolutes Staatsrecht.

VI.

55.

Die Staatsbürger kommen zuerst allmählig überein, sich gegen gemeinschaftliche oder doch wechselnde Gefahren, welche heute diesen, morgen jenen bedrohen können, gemeinschaftlich zu vertheidigen.

56.

Dies allmähliche Uebereinkommen, dies Entstehen einer *Einstimmigkeit* über den Zweck, nennt die Kunstsprache den *Vereinigungsvertrag* (pactum unionis.)

* Ueber so vielen Misbrauch, der mit dem Worte: *volonté generale* getrieben ist, sollte man es fast selbst nicht gebrauchen. *Volonté generale* ist *Einstimmigkeit*, nicht die Mehrheit der Stimmen.

35.

Seine verbindende Kraft erhält dieser Vertrag nicht durch eine Acte in der Form Rechts

tens

tens, nicht durch Worte, sondern durch die gegenseitigen Leistungen, welche unter Bedingung der Gegenleistung geschehen, und die dann bald in zahllose Knoten sich in einander verwickeln und verschlingen.

* S. oben §. 28.

58.

Die Wirkungen dieses Vertrages für den Einzelnen sind, 1) daß jeder der Genossen berechtigt wird gegen jede seinen wirklichen äußern vollkommenen Rechten drohende Gefahr die Hülfe der übrigen aufzufordern.

59.

2) Daß jeder verpflichtet wird hinwieder diese Hülfe bey den Gefahren seiner Mitbürger zu leisten.

60.

Aber für das Ganze des Staats wird gewürkt: 1) *Mystische Persönlichkeit*, das ist, die Einstimmigkeit aller in Absicht des Zwecks, oder die objectiv vereinten Willen aller Staatsbürger (*volonté generale, qui veut la fin*)
wer-

den als Ein subjectiver Wille angesehen, also als Rechts- und Pflichtsfähig gegen alle, welche nicht in dem Staate sind.

61.

2) Das *Obereigenthum* des Staats über das Gebiet. (*dominium eminens*) Das ist, das Recht des Staats, die Grundstücke alle beym Staate zu erhalten.

62.

Hierin liegt dann 1) das Recht, von den Grundstücken, die nöthigen Beyträge zu den Staatsbedürfnissen zu fordern; (§. 30 — 41)

63.

2) Aber auch das Recht, daß ohne die Einwilligung der Gesellschaft kein Grundstück dem Staat von dem Eigenthümer desselben entzogen werden könne.

Denn nicht nur alle übrigen rechnen auf die Gegenhülfe des Einzelnen bey ihrem Beystand gegen seine Gefahren, sondern auch dieser einzelne rechnet bey seinen Hülfsleistungen auf die Gegenhülfe der übrigen gegen

gegen *alle* seine Gefahren. Es liegt also wirklich in dem Willen aller, bey *allen* künftigen Gefahren sich zu Hülfe zu kommen, also sich unzertrennlich zu vereinigen.

Ferner aber, wenn man diese Bedingung der Unzertrennlichkeit, (so fern nicht ausdrücklich nur auf eine gewisse Zeit der Verein geschlossen ist) als stillschweigend im Vereinungsvertrage liegend, nicht annehmen wollte: so müßte man annehmen, daß die ersten Paciscenten, das Recht, in jedem Augenblick auszutreten, sich vorbehalten hätten. Da nun alsdann ein jeder selbst im Augenblick der Gefahr, welche seinen Nachbar droht, austreten könnte; so würde der ganze Vertrag den sinnlosesten Widerspruch enthalten.

Daß aber dieß nicht nur die Person des Staatsbürgers angehe, sondern sein Grundstück selbst dem Staat verhafte, wird daraus erhellen, weil das Staatsvermögen selbst in diesen Grundstücken liegt, und der Staat (vor allen der Staat cultivirter Völker) wenig auf eine leere Hand rechnen kann. Noch einleuchtender ist diese Verhaftung des Grundstücks in Staaten, die vorher Horden gewesen
sen

fen und gemeinschaftlich den Grundboden eingenommen haben.

* Diejenigen, welche behaupten, dafs jeder das Recht habe, den Staat in jedem Augenblick zu verlassen, müssen auch dem Staat hinwieder das Recht einräumen, jeden Augenblick sich einem Bürger zu entziehen. Wollen sie das gegen sich gelten lassen? Und wenn sie es nicht wollen; so ist doch der Widerspruch in ihrer Behauptung offenbar.

64.

Auch die Nachkommen der ersten Grundeigenthümer, das ist, diejenigen, welche nach ihnen die Grundstücke, entweder durch Uebertragung des ersten Eigenthümers, oder durch ein vom Staate eingeführtes oder bestätigtes Erbrecht erhalten, sind ebenfalls an jenen Vertrag gebunden.

Denn haben sie die Grundstücke durch Uebertragung vom Eigenthümer, so kann dieser nur sie mit den Verpflichtungen übertragen, welche darauf gegen andere haften. Hat er sie aber durch Erbrecht, also vom
Staate,

Staate, so ist offenbar, daß der Staat sie nur unter der stillschweigenden Bedingung des Vorbehalts jener Verpflichtung übertrage, auch bey der ersten Gelegenheit sich deshalb ausdrücklich erklären werde.

* R. N. R. §. 75. in der Note.

* Wenn doch einer der Raisonneurs oder Deraisonneurs, welche itzt so oft geschrieben haben, daß ein Volk seine Constitution, so oft es ihm gefällt, wie ein Kind sein Charten - Haus umwerfen könne, wenn doch einer von ihnen sich die Frage vorgelegt hätte: Nehmt einen Protestantischen Bürger in einer Catholischen Stadt, welche nur Eine, und eine catholische Kirche hat. Er geht zu einem benachbarten Prediger seiner Religion, um für seinen Beichtgroschen sich Trost und Erbauung zu hohlen. Nehmt einen Mann, welcher den Stadtphysikus vorbeys geht und von dem Arzt der benachbarten Stadt für sein baares Geld sich Tod oder Gesundheit hohlt. Das alles werdet Ihr zugeben. Warum soll nun nicht ein Bürger

D

der

der freyen Stadt Paris sagen dürfen:
„Bürger Repräsentanten! Euch und die
„Guillotine in Ehren! Aber so wie Ihr
„meinem Hauswirth nicht wehret, ge-
„gen sein Arztlohn von einem fremden
„Gesundheitswerckmeister Gesundheit
„zu hohlen: so werdet Ihr auch mir ver-
„zeihen, daß ich Euch vorbey gehe,
„und bey einem fremden Monarchen
„gegen meine Steuer mir Gesetz und
„Recht hohle. Ihr werdet über die
„Freyheit nicht zürnen, welche sich
„mein Menschenrecht nimmt.“ Daß
man *den* guillottinire, das würde Herr
Thomas Payne, falls er noch im Con-
vent fäße, selbst höchlich billigen. Und
warum höchlich billigen? Ich will doch
nicht hoffen, daß diese Herrn, welche
nicht bloß das Recht des Staats, (wie
andere) sondern die beste Verfassung
selbst a priori festsetzen wollen, sich auf
die Unbequemlichkeiten berufen wür-
den, die das haben möchte, wenn
man die Staaten sich nicht auf
einen gewissen District schliessen
ließ.

ließe. Wie könnten *sie* so a posteriori reden?

65.

So lange daher der Staat seine Pflicht gegen den Staatsbürger erfüllt, kann dieser ihm nie sein Grundstück entziehen, gesetzt auch, daß der Staat seiner Person erlaubte den Staat zu verlassen. — Dem ungerechten Staat ist der Staatsbürger nicht verhaftet.

66.

Auch seine Person kann der Grundeigenthümer dem Staat nicht entziehen, ohne dessen Bewilligung, aus den oben (§ 36.) angeführten Gründen.

* Aber rathsam ist es für den Staat, die Bewilligung nicht zu erschweren. — Wem die behaupteten Sätze hart scheinen, der irrt wohl nicht. Aber wie oft ist das hart, was recht ist. Nämlich, nichts würde hart seyn, was das Gesetz bestimmt, wenn alle Menschen dem Gesetz gemäß handelten. Also ob ho-

D 2

minum

minum iniquitatem *durum*, quod *ita scriptum* est.

67.

Der Vereinigungs-Vertrag des Staats, beruht allein auf den Grund-Eigenthümern, mit gänzlicher Ausschließung aller Beywohner.

Denn, da nur die Grund-Eigenthümer Herren des Gebietes sind: so kann durch ihren Vertrag allein auch das Gebiet vereinigt seyn, welches die wesentlichste Wirkung des Staats Vereins ist. (§. 46. 47. 48. 61. und f.f.)

Da ferner die Beywohner auf dem Boden der Grund-Eigenthümer wohnen: so lassen sie selbst sich durch die Wahl ihres Aufenthaltsortes gefallen, mit wem oder auf welche Art der Eigenthümer, bey dem sie wohnen, sich mit andern verbunden hat, so etwa, wie der Miether keine Stimme hat, mit wem oder wie, sein Hauswirth einen Deichband oder eine Brandassecuranz Gesellschaft für sein Haus schliessen solle.

Endlich aber tragen auch die Beywohner zum Staats - Vermögen nichts bey, (§. 42.)
wenn

wenn sie gleich durch ihre persönlichen Kräfte dem Staat dienen können.

* So lange der noch uncultivirte Staat die persönlichen Kräfte selbst aufbietet (N. B. als Pflicht, ohne Sold und Ersatz) sind der freyen Beywohner wenig. Werden ihrer mehr, so werden alle die persönlichen Leistungen durch Geld ausgeglichen, also in bloße Sach-Prästationen verwandelt.

** Man vergleiche die Annalen der Rechte des Menschen u. s. w. Nr. 2. Abschn. III. Hier im §. ist indess von Abgaben gar nicht die Rede; mag man diese direct oder indirect legen: so bleibt hier nur die Wahrheit unleugbar: daß wenn die Natur-Producte allein der Reichtum des Staats sind; dieser Staats-Reichtum nur in dem Eigenthum der Grund-Eigenthümer, nicht aber der Beywohner gesucht werden könne, und diess ist, was im §. genannt wird: *zum Staats-Vermögen beytragen.*

Wenn aber eine Gesellschaft von Beywohnern, als moralische Person unbewegliche Güter erwirbt, so versteht es sich von selbst, daß sie denn auch als moralische Person unter die Grund-Eigenthümer gezählt werden muß, und auf ihr der Staats-Verein unstreitig mit beruht.

- * Dieß ist der Fall mit den Städten und Stiftern in Teutschland, welche daher als moralische Personen auf dem Landtage erscheinen, so wie die Gutsbesitzer als physische Personen. Unsere Bürger, wenn sie Häuser (welche das teutsche Recht sehr richtig unter die beweglichen Sachen zählt) besitzen, können darum eben so wenig als Grund-Eigenthümer angesehen werden, als der Canonicus, welcher auf dem Stifts-Hofe ein Wohnhaus hat. Denn, da die Bürger den Platz ihres Hauses durchaus nicht willkührlich z. B. zu Acker, Teichen u. s. w. brauchen dürfen, (welches wohl niemand aus der Polizey-Regel: ne urbs ruinis

ruinis deformatur wird erklären wollen) sondern allein zum Hausbau gebrauchen muß: ist denn nicht die Gemeinde der Stadt der wahre Grundherr, und der Eigenthümer des Hauses in Absicht des Platzes ein bloßer Superficialius oder desgleichen?

69.

Eine solche moralische Person aus Beywohnern, die als Gesellschaft nur Grund-Eigenthümer ist, mag hier im vorzüglichen Sinn eine *Gemeinschaft* genannt werden.

70.

Der Inbegriff aller Grund-Eigenthümer, der physischen, wie der moralischen, heisset das *Ur. Volk* (populus)

VII.

71.

Im Staat, wie in jeder Gesellschaft, müssen außer dem Zweck selbst, auch die Mit-

tel zu ihm durch Einstimmigkeit (*volonté generale*) gewählt werden.

Denn ob wohl jeder sich anheischig gemacht hat, die allgemeine Sicherheit zu erhalten und zu befördern: so liegt doch in dem Vereinigungs-Vertrage nichts, was ihm die Mittel darüber vorschreibe, oder ihm bey der willkührlichen Wahl derselben, dem Willen seiner Genossen unterwürfe. Wer also von ihnen ihm hierüber etwas vorzuschreiben wagen wollte, würde ihn wider seinen Willen bestimmen, also Unrecht thun. Und Unrecht kann nicht recht seyn, wenn es auch gleich die entscheidendste Mehrheit, ja die Einstimmigkeit aller übrigen Genossen begienge.

* Das *car tet est nôtre plaisir* klingt fürchterlich, aber es ist eine Canzley-Formel. Indess das berüchtigte: *Nulle loi prêexiste a la volonté du peuple* ist die verruchteste Empörung gegen das Moralgesetz! Aber wer kann es ertragen, dafs die Menschen, welche dieß seit 1789 aussprachen, gleichwohl die Stirn hatten, zu behaupten, sie seyen dar-

daran, eine Staats-Verfassung zu entwerfen, ganz auf die Grundsätze der Metaphysik der Sitten gebaut. Eine Metaphysik der Sitten, welche anhebt und endigt: Il n'y a point des loix, que la volonté des hommes!

72.

Die Mittel zur Erhaltung der Sicherheit kann nur die Erfahrung an die Hand geben. Die Gefahren unserer Rechte, die uns bedrohen, sind in der Sinnen-Welt, die Mittel dagegen sind in der Sinnen-Welt. Wie sollte die Vernunft etwas a priori darüber bestimmen können, sie, die uns nicht einmal ein objectives Moralprincip a priori geben kann.

73.

Allein also die Rechtmäßigkeit anzuwendender Mittel kann a priori beurtheilt werden.

74.

Die Zweckmäßigkeit aber derselben, worauf es bey ihrer Wahl vor allen ankommt,

kann nur nach der Erfahrung beurtheilt werden.

75.

Da nun die Menschen nur über das, was sie a priori einsehen, einstimmig seyn können: hingegen über Gegenstände der Erfahrung (nemlich bey der unendlichen Verschiedenheit der erfahrenden Subjecte und der Arten wie die Objecte auf sie wirken), kaum je Einstimmigkeit unter einer beträchtlichen Anzahl gehoft werden kann: so kann auch unter den Staatsbürgern nur selten über die Wahl der Mittel Einstimmigkeit seyn.

* Es versteht sich, daß erst nur rechtmäßige Mittel allein auf die Wahl kommen können.

76.

Wie kann also ein Staatsbürger rechtmäßig bestimmt werden, sich die Wahl der Mittel, welche andere getroffen haben, als Norm seiner Handlungen gefallen zu lassen?

Wenn man den hier seltenen Fall ausnimmt, wo der Beleidigte seinen Beleidiger zur Strafe zwingen kann; sich von ihm be-

stim-

stimmen zu lassen: so kann das nur durch neue Uebereinkunft oder Vertrag geschehen.

77.

Die Uebereinkunft, wodurch die Art, wie die Mittel zum Zweck des Staats Statt Aller gewählt werden sollen, bestimmt wird, wird mit dem Kunstnamen: *Unterwerfungs-Vertrag* (pactum subiectionis) benannt.

* Schon im reinen Natur-Recht habe ich bemerkt, wie verkehrt Rousseau es unterliefs das *gesammte Wollen des Zwecks* und das *gesammte Wollen der Mittel* zu unterscheiden.

78.

Natürlich wird diese Wahl der Mittel entweder einer *physischen Person* übertragen oder einer *moralischen*. Im letztern Fall ist dies entweder eine *bestimmte* Gesellschaft, deren Einstimmigkeit oder Mehrheit entscheiden soll, oder eine *unbestimmte* moralische Person, nemlich die jedesmalige Mehrheit der Stimmen aller Staatsbürger.

79.

Wie dieß sey, die phyfische oder moralische (bestimmte oder unbestimmte) Person, der die Wahl der Mittel zum Zweck des Staats, Namens aller anvertraut ist, heißt der *Souverain*.

80.

Das dem Souverain anvertraute Recht, die Mittel zum Zweck des Staats zu wählen, heißt die *höchste Gewalt*, oder *Majestät*.

81.

Die Uebertragung der Majestät kann ursprünglich nur durch Einstimmigkeit aller Staatsbürger geschehen.

Denn in dem Vereinigungs-Vertrage liegt gar nichts, was den Staatsbürger verpflichtete, sich über irgend etwas, was die Wahl der Mittel betrifft, die Vorschriften anderer gefallen zu lassen. (§ 71.) Kann er also mit seinen Mitbürgern sich nicht einigen: so hört zwischen ihm und ihnen der Vereinigungs-Vertrag auf, und sein Grundstück hört also auch auf zum Staat zu gehören.

* Dieß

* Dieß letztere wird die Vereinigung erleichtern. Er hat zwischen einem größern Uebel — dem, in keinem Staat zu seyn — und einem kleinern, — eine Verfassung zu haben, welche er glaubt, besser vorschlagen zu können — zu wählen. Er wird also das letztere freywillig wählen. Wählt er das erste, so kann niemand ihn davon mit Gewalt abhalten. O das unglückliche Lyon! Als seine Mitbürger Eine Verfassung umgeworfen hatten, und es auf die Wahl einer neuen ankam, wollten diejenigen dieser Gemeinheit das Recht des Menschen als Bürgers nicht zu gestehen, welche die Menschheits-Rechte herzustellen vorgaben!

82.

Der Souverain ist gänzlich unabhängig.

Denn da ihm die Majestät einstimmig übertragen ist: so ist sein Wille an die Stelle des Volks-Willens getreten, sein Wille wirklich der Wille des Volks, und folglich so unabhängig als dieß selbst.

83.

Wie mag aber die Freyheit des Menschen, welche gerade in der Unabhängigkeit von den Bestimmungen anderer besteht, mit der Unterwürfigkeit unter den Willen des Souverains vereinigt werden?

Den Zweck des Staats will jeder Staatsbürger. Die Wahl der Mittel allein hat er übertragen. Aber auch Er, hat sie übertragen. Folglich so lange er nicht als nur zum Zweck des Staats vom Souverain bestimmt wird, so wird er nicht wider seinen Willen bestimmt, und bleibt frey.

84.

Der Staatsbürger ist also nur für den Zweck des Staats allein dem Souverain unterworfen;

85.

Aber auch in allem, so weit der Zweck des Staats sich erstrecken kann, ist er ihm unterworfen.

* Scheinen ihm etwa die vom Staat gewählte Mittel nicht zweckmäfsig —
und

und wer glaubt nicht das besser zu verstehen als sein Souverain — so hindert das jene Freyheit eben so wenig, als die Unzweckmäßigkeit gewählter Mittel, als ein Irrthum dem Souverain seines Rechts verlustig macht.

86.

Wenn aber jemand zu andern Zwecken, als dem Zweck des Staats vom Souverain bestimmt wird: so heist dieser Misbrauch der höchsten Gewalt: *Tyranny*.

87.

Durch den Unterwerfungs-Vertrag entsteht, I) im Staat eine doppelte moralische Persönlichkeit, nemlich die der *Majestät*, welche der Souverain, und die der *Unterthanschaft*, welche der Inbegriff der Staatsbürger trägt.

89.

II) Für den Souverain entsteht dadurch die Pflicht, für die Sicherheit des Staats und jedes einzelnen Staatsbürgers zu wachen.

(§. 77.

(§. 77. und 44.) *Er kann also nur so weit be-
rechtigt seyn, als er verpflichtet ist.*

90.

III) Für jeden Staatsbürger entsteht durch
diesen Vertrag die Pflicht, dem Souverain
zu gehorchen (§. 84. 85.)

91.

IV) Die Vertheidigung der Mitbürger,
welche im Vereinigungs-Vertrage übernom-
men wird, hört nun auf eine directe Pflicht
der Einzelnen zu seyn, indem statt dieser die
Pflicht des Gehorsams gegen den Souverain
entsteht. — Denn die Sorge für diese Ver-
theidigung ist dem Regenten übertragen, also
unmittelbar einem Mitbürger zu Hülfe zu
eilen, kann nur noch unvollkommene Pflicht
seyn.

92.

Da eine unvollkommene Pflicht durch
Collision immer gehoben werden kann: so
können auch im Staat höhere Pflichten der
Ausübung dieser so gar entgegen stehn.

* R. N. R.

93.

Der Unterwerfungs-Vertrag wird, wie jeder andere, durch die gegenseitigen Leistungen verbindend.

Nur das Urvolk, oder die Grund-Eigenthümer schliessen diesen Vertrag allein.

Denn einmal kann nur bey denen die Uebertragung des Rechts, die Mittel zu wählen, stehen, welche sich zum Zweck selbst vereinen. Ferner ist es offenbar, dass die Grund-Eigenthümer überall den Beywohnern, (als die Vermiether den Miethern) die Bedingungen vorschreiben können, unter welchen sie diese auf ihren Gründen wollen wohnen lassen, woraus wenigstens folgte, dass sie berechtigt wären, ohne irgend eine Verletzung des Rechts der Beywohner, diesen die Bedingung zu machen, sich, falls sie in ihrem Gebiet wohnen wollten, die Art ihres Unterwerfungs-Vertrages gefallen zu lassen. Endlich aber, da die Mittel zum Zweck des Staats, das Staats-Vermögen, in ihren Händen allein ist: (§. 42.) so würde es widersinnig seyn, denen, die gar kein An-

E

theil

theil daran haben, doch ein gleiches Recht bey den Verfügungen, die sich darauf beziehen, einzuräumen.

* Dafs Gemeinheiten, die Grundeigenthum haben, z. B. unsere Städte, mit schliessen, ist offenbar.

95.

Auch die Nachfolger der ersten Grundeigenthümer, werden durch die Nachfolge in die Grundstücke, an den Unterwerfungsvertrag eben so, wie an den Vereinigungsvertrag gebunden.

Denn es ist offenbar, dafs der Souverain, bey dem izt der gesammte Wille aller in den Angelegenheiten des Staats ruht, der also das Recht hat, Erbfolge zu ertheilen, ihnen dieses nur unter jener Bedingung ertheilen werde. Und hätte jemand das Grundstück durch Uebertragung unter Lebendigen vom vorigen Eigenthümer: so konnte dieser nicht anders das Grundstück übertragen, als mit den Lasten die darauf haften; also mit der Unterthanschaft, welche sich auf das Grundstück ebenfalls erstreckt (vergl. §. 42 mit 77.)

VIII.

96.

Da die Beywohner weder in dem Vereinigungs-Vertrage, noch in dem Unterwerfungs-Vertrage begriffen sind: so muß ihre Verbindung mit dem Staat auf eignen Verträgen beruhen, welche *Aufnahme Verträge* (pacta receptionis) genannt werden können.

97.

Diesen Vertrag schließet der Souverain Namens des Urvolks an seiner Seite, indem er ihnen durch das Verstaten eines Aufenthalts im Gebiet selbst, alle Sicherheit ihrer Rechte verspricht, und eben so gut wie den Grund-Eigenthümern, stillschweigend zusagt.

* Wenn ein Staat entsteht, und noch niemand als die Grund-Eigenthümer, in demselben wohnt, so ist es klar, daß diese zwar die allgemeine vollkommene Menschenpflicht haben, einen Fremden, der bey ihnen (es ist gleichviel, ob eine Nacht, oder wie der Beywoh-

E 2

ner,

ner, sein ganzes Leben hindurch) weilt, nicht zu verletzen. Aber an sich haben sie doch auf keine Weise eine Verbindlichkeit ihn zu schützen. Um dieses Schutzes (des Bannes) theilhaftig zu werden, begaben sich solche Mund- oder Zettul-Leute, wie sie das teutsche Recht in Städten nennt, vor der Existenz der Städte in die *Hörigkeit* einzelner Grund-Eigenthümer. Dadurch wurden sie als Glieder der Familien derselben angesehen. Wollten sie von ihrem Schutz - Herrn nichts weiter als Schutz und nicht zugleich Unterhalt, wie der Leibeigne: so prästirten sie ihm bey Lebzeiten nichts, sondern ließen ihm nur bey ihrem Tode ihre Verlassenschaft, als Belohnung für den Privat-Schutz, oder des Privat-Banns-Recht. Hernach nahm der Staat sie in seinen unmittelbaren Schutz, und ließ sich in Frankreich dafür noch immer die Verlassenschaft zu kommen, als *Droit d'aubaine*, *Jus albinagii*, eigentlich *Albanagii*. (Allbanns-Recht, was für den All-

Allbann, d. i. den allgemeinen, vom ganzen Staat geleisteten Schutz genommen wird) — Wenn aber der Beywohner erst durch die Hörigkeit an einen Gutsbesitzer diesen Schutz erhält, so contrahirt doch wenigstens indirect der Staat mit ihm, wie im §. angegeben ist. Vergleiche §. 53.

98.

Es muß daher in Absicht des Schutzes eine völlige Gleichheit zwischen dem Beywohner und Grund-Eigenthümer seyn, und jener nicht minder als dieser an seinem Rechte geschützt werden. —

* Es ist die Sache der Politik, nicht die des Staatsrechts, auf Mittel zu finnen, wie dieser Schutz dem Beywohner zugesichert werden kann. Auf der einen Seite macht hier das Recht der Grund-Eigenthümer, als der Herrn des Gebietes und des Staats, auf der andern aber die Furcht, daß die Beywohner Schutzlos bleiben möchten, große Schwierigkeit. Die Staats-Ver-

fassungen, die man a priori entwarf, überliessen in den alten Republiken, die Beywohner (z. B. die sogenannten Fremden in Athen, denen bey Lebens-Strafe alle Theilnahme am Staat verboten war, allein der Willkühr der Grund-Eigenthümer; und in der neuen französischen Revolution vernichtete man wider Recht und Natur alle Vorzüge der Grund-Eigenthümer, und überliess den Staat den Beywohnern, denen man gleiche Stimme mit jenen gab — dann aber alles that, um ihnen, deren Sitten man ganz zu Grunde richtete, de facto ein Uebergewicht zu geben. Ist es also Wunder, wenn diese das auf das Spiel setzen, was den Grund-Eigenthümern, als dem Urvolk heilig ist, daß man im Wahnsinn der Verzweiflung den Staat auf Jahrhunderte zu Grunde richtet, um eine abentheuerliche Neuerung zu erhalten. Nordamerica, wird das nemliche fühlen, sobald es einmal in den Fall kömmt wagen zu können, und so bald eine nähere Zusammenrückung der
Ein-

Einwohner den Ehrgeitz, und Armuth des Staats neben Reichthum der Privat-Personen das Agio-Spiel erwecket.

Nur die Staaten der neuen Zeiten, welche nie von gänzlichen Staatsumwälzungen erschüttert, wenigstens nicht von Menschen, die so sprachen, als ob sie Philosophen wären in ihren Grund-Rechten verändert wurden, (wie Teutschland in den meisten Ländern und England, wo nie die Urverhältnisse wesentlich geändert sind) nur diese Staaten haben das Räthsel gelöst. Dem Recht des Grund-Eigenthums, wie der Billigkeit für die Beywohner zu sorgen gleich gemäß, setzten sie nicht nur einen Monarchen über sich, dessen persönliches Interesse ihn bestimmt, sich der Beywohner gegen den Druck, der ihm selbst zu mächtigen Grund-Eigenthümer anzunehmen; sondern sie riefen, die zufällig in Gemeinheiten versammelten Beywohner, wenn diese als moralische Personen Grund-Eigenthum erhalten hatten, wie sich von Rechts-

wegen gebürte, auch zu Stimmen auf Landtagen und im Parlament.

99.

Die Beywohner schliessen den Vertrag ihrer Seits durch die Niederlassung im Staat selbst.

100.

So wie sie nun Schutz zu fordern berechtigt sind, so sind sie dagegen zum Gehorsam gegen den Souverain verpflichtet.

101.

Sie können also auch vom Souverain bestimmt werden durch ihre persönliche Kräfte zum Zweck des Staats mit zu wirken.

* Zum Staatsvermögen tragen sie nichts bey, wie oben gezeigt ist.

102.

Da aber weder der Staat ihnen vom Staatsvermögen etwas anvertraut, noch auch sie selbst etwas zum Staats - Vermögen beytragen: so steht es auch bey ihnen, den Staat
stets

stets wieder zu verlassen, falls sie nicht sonst besonders verpflichtet sind.

- * Solche besondere Verpflichtungen entstehen durch Aemter, oder durch die Aufnahme in Grundbesitzende Gemeinheiten, also durch städtisches Bürger-Recht.

IX.

103.

Der Souverain hat nach dem vorigen eine doppelte mystische Persönlichkeit, die eine eigenthümlich, nemlich die der Majestät, welche den Gegensatz der Unterthanschaft macht (§. 87.), eine andere nur administratorisch, nemlich, die des ganzen Volks (§. 60.) — welche er gegen Auswärtige repräsentirt (§. 89. 91.)

- * Daher entsteht die Zweydeutigkeit des Worts: Souverain.

104.

Der Souverainität können also in beyden Rücksichten, als moralischer Person Rechte

zu stehen, und stehen ihr wirklich zu, welche man die *Majestäts-Rechte*, (*jura majestatica*:) nennt.

105.

In Rücksicht der Art, wie die höchste Gewalt sich äußert, diese Rechte eingetheilt, nennt man sie Gewalten (*pouvoirs, potestates*) Nämlich: so wie das practische Vermögen des Menschen durch Vernunft, Urtheilskraft und Verstand geleitet wird: so wird die Thätigkeit des Staats, durch die 1) *Gesetzgebende*, 2) *vollziehende*, und 3) *Auffsehende Gewalt*, geleitet.

106.

In Rücksicht ihrer Gegenstände jene Majestäts-Rechte eingetheilt, kann man sie schicklich *Hoheiten* nennen, und dann unterscheiden sie sich in 1) *äußere*. 2) *innere*.

107.

Ihrer Natur nach endlich eingetheilt, wo man sie Regalien nennt, sind sie entweder 1) *wesentliche*, oder, 2) *zufällige*.

108.

108.

Die Ausübung der Majestäts-Rechte überhaupt, insbesondere aber die der Gewalten, nennt man *Regierung*. (regimen)

X.

109.

Die *auffehende Gewalt*, (potestas inspectiva) ist das Recht der Souverainität von allem dem Erkundigung einzuziehen, was den Zweck des Staats betrifft, also von den Gefahren, welche die Sicherheit Aller oder Eines bedrohen, und von der Lage alles desjenigen, was mittelbar oder unmittelbar zur Vertheidigung dienen kann. — Denn die Souverainität ist verpflichtet zu diesen Erkundigungen, weil sie ohne sie ihre Pflicht des Schutzes nicht ausüben kann, folglich auch berechtigt.

110.

Diesem Recht entspricht also die Pflicht der Unterthanen, der Souverainität das bekannt zu machen, was sie über jene Gegenstände

stände zu bewahrheiten im Stande sind — sie mögen dazu aufgefordert seyn oder nicht.

* Der Sycophant unterscheidet sich durch die niedrige Absicht von dem redlichen Mann, welcher als Ankläger eines mächtigen Bösewichts auftritt. Unter uns hat — so verfallen die Sitten! — selten jemand den Muth einen Unterdrücker im Wege Rechtens zu denunciiren und anzuklagen. Aber unsre feigen Schwätzer über Freyheit und Muth schreiben anonymische Pasquille — der wahre Character des Slaven. Freylich, wo der Weg Rechtens abgeschnitten ist, da schütze die Freyheit der Presse, welche aber nie einen Menschen, der nicht Muth hat, sich zu nennen, ihres Schutzes würdig halten sollte.

III.

Die Souverainität, darf diess für die Ruhe und Sicherheit so gefährliche Recht nicht anwenden als da, wo sie Pflicht dazu hat — denn sie hat diess, so wie jedes Recht, nur in so weit sie dazu verpflichtet ist. (§. 89.)

* Ich

* Ich opfre dem Genius der Zeiten, indem ich dieß Recht gefährlich nenne. Es ist an sich nicht gefährlicher, als alle übrige Majestäts-Rechte. Der Vorwand des öffentlichen Wohls steht der Tyranny stets zu Gebot. Aber Statt aller der leeren Geschwätze, welche oft sehr zur Unzeit über den Staat geschrieben werden, sollte man nie aufhören eine Wahrheit, die nie schädlich, nie unnütz seyn kann, den Gewalthabern (gleichviel ob Monarchischen oder demokratischen oder aristocratischen) laut zu predigen und zu wiederhohlen, nemlich die: *dass sie nie zur Ausübung ihrer Gewalt berechtigt sind, wenn sie nicht dazu verpflichtet sind.* Denn sie tragen ihr Schwert nicht zur Zierde, und haben ihre Gewalt zu nichts in der Welt, als zum Zweck des Staats (§. 84. u. 86.) — Sie können sie zu nichts anderem also gebrauchen.

XI.

112.

Die *Gesetzgebende Gewalt* (potestas legislativa) ist das Recht, die Mittel zum Zweck des Staats zu bestimmen.

* Es versteht sich, daß alle drey Gewalten nur Eine sind, und nur die Art ihrer Aeufserung verschieden sey.

113.

Es ist also offenbar, daß sie alles dazu bestimmen kann, was nur in den Kräften der Unterthanen, oder in dem Staats-Vermögen liegt.

114.

Sie kann daher auch nicht nur das vorschreiben, was unmittelbar, sondern auch, was mittelbar den Zweck des Staats befördert, erleichtert und dessen Hindernisse wegräumt.

115.

Aber die Gesetzgebende Macht kann auch über nichts gebieten, was nicht zum Zweck des Staats abzielt.

* Lud.

* Ludwig der eilfte, Cromwell und der National Convent, werden Beyispiele genug liefern, wie die Gesetzgebende Macht über den Zweck des Staates hinausgehen könne. Ihr die Schranken vorzuschreiben ist das Geschäft des Staatsrechts; die Anstalten zu treffen, sie in diesen Schranken zu erhalten, ist das Geschäft der Politik, von der ich glaube, sie thäte besser, dafs sie lieber erst historisch aufzähle (nemlich es kömmt hier auf blofse Erfahrung an) was man für Anstalten traf, was für Anstalten sich von selbst bildeten, ehe sie neue Anstalten vorzuschlagen unternähme.

116.

Jede Bestimmung nun der Mittel zum Zweck des Staats, welche sie giebt, heiffen *Gesetze* im Sinn des positiven Rechts.

* Diese Gesetze sind dann so mancherley Art, als die Objecte der höchsten Gewalt sind.

Die Gesetze müssen allgemein seyn, das ist, alle Bürger in gleicher Lage, gleich berechnen und gleich verpflichten, so dass, was einem Recht und Pflicht ist, einem andern unter den nemlichen Umständen ebenfalls Recht und Pflicht wird.

Denn im Staats-Vertrage selbst liegt gar kein Grund, warum jemand mehr oder weniger belästigt werden sollte. Legte also die Gesetzgebende Gewalt einem mehr Lasten auf, als dem andern, so würde dies nur aus Absichten geschehen können, welche der Zweck des Staats nicht rechtfertigte.

Sollte aber die allgemeine Sicherheit erfordern, einem Staatsbürger, (der die Gefahr nicht etwa selbst veranlasst hätte) eine besondere Last aufzulegen, welche andere Staatsbürger weder itzt, noch vielleicht in Zukunft auf ähnliche Art zu tragen die Aussicht hätten: so ist der Staat dem leidenden Bürger Ersatz zu leisten schuldig.

119.

Eben so kann auch der Staat einem Bürger vorzügliche Rechte und Begünstigungen ertheilen, *wenn der Zweck des Staats dies nothwendig oder rathsam macht.* Und diese vorzüglichen Begünstigungen nennt man *Privilegien.*

120.

Da die ertheilten Privilegien, so bald sie erworben sind, gleich jedem erworbenen Rechte, an das Ur-Recht des Erwerbers geknüpft sind: so können sie ihm nicht genommen werden, als nur unter den oben angeführten Bedingungen (§. 118.)

* Ob der Privilegirte eine moralische oder eine physische Person sey, ist eins. Ich wundre mich, daß diejenigen, welchen die Aufhebung der Klöster so ohne Bedenken rechtmässig scheint, nicht einsehen, daß 1) die Güter aufgehobener Klöster auf keine Weise dem Staat zugehören, sondern allein doch denen, und ihren Nachkommen wieder zufallen müßten, die sie zum Kloster gestiftet haben. 2) Daß die nemliche Grün-

de sich von jeder Gesellschaft anwenden ließen, welche der Staat aufheben und ihr Vermögen sich zueignen könnte, z. B. eine Lese-Gesellschaft, ein Clubb.

3) Dafs es ja weit nähere Mittel giebt, dem Schaden, den Klöster stiften, auf rechtmässige Art vorzubeugen. Man bringe sie auf ihren Stiftungs - Zweck (in Europa) zurück, und lasse sie wieder die Jugend unterrichten — den Ackerbau und die Künste, gleich Academien der Künste und Industrie - Schulen, befördern. — Man lasse keine als dazu fähige Personen hinfert in sie ein, die etwa ausgenommen, denen durch Alter und Unglück die Welt eine Last ist, und die es hinwieder der Welt würden. Wie ehrwürdig würden Mönche und Nonnen seyn, wenn sie die Jugend der Dörfer umher zu lehren ausgeschiedt, unwissende Dorf - Schullehrer ersetzten, während ihre Brüder und Schwester daheim, durch Preise, durch Beyspiel, durch jedes Mittel die Industrie erweckten!

121.

Die Gesetze verpflichten die Unterthanen ihre Handlungen nach ihnen einzurichten (§. 90.)

122.

Diese Verpflichtung der Unterthanen hebt von dem Augenblicke an, wo die gesetzgebende Gewalt, ihre Bestimmung in der Absicht, das sie Gesetz seyn soll bekannt macht, und diese Handlung heisset die *Promulgation*.

123.

Es muß aber die Gesetzgebende Gewalt eine bestimmte Art der Promulgation annehmen, wenn sie nicht will, das die Unwissenheit des Gesetzes entschuldigen soll.

124.

Wenn die Gesetzgebende Gewalt Handlungen der Unterthanen, welche sich auf den Zweck des Staats beziehen, so nachsieht, das daraus die natürliche Vermuthung entsteht, sie wolle es so (*opinio necessitatis*) so

führt sie stillschweigend ein Gesetz ein, und man nennt dieß eine *Gewohnheit*.

125.

Ein Gesetz kann aufgehoben werden, sowohl durch eine ausdrückliche Widerrufung, als auch stillschweigend, theils durch Zulassung einer Gewohnheit wider das Gesetz, theils durch ein neues Gesetz, welches auch ohne ausdrückliche Widerrufung, etwas anders verordnet, als das alte.

126.

Aber ein nachfolgendes Gesetz, welches eine allgemeine Vorschrift enthält, welche der besondern Vorschrift eines vorigen Gesetzes widerspricht, hebt darum dieß besondere Gesetz noch nicht auf.

Denn die Absicht des allgemeinen neuern Gesetzes ist eine andre, als die des besondern ältern, und sie können vielleicht sehr gut neben einander bestehen.

127.

Sollte aber die Absicht des spätern allgemeinen Gesetzes mit der des frühern besondern

dern nicht bestehen können, so wird dieses durch jenes wirklich aufgehoben.

XII.

128.

Die *vollziehende Gewalt* (potestas executiva) ist das Recht der Souverainität, die von der Gesetzgebenden Gewalt bestimmten Mittel in Ausübung zu bringen, oder, das geschehend zu machen, was diese bestimmt hat.

129.

Da die Gesetzgebende Gewalt ihre Vorschriften allgemein bestimmt, (§. 117.) so muß die executive Gewalt die einzelnen vorkommenden Fälle nach der Vorschrift des Gesetzes bestimmen.

130.

Die executive Gewalt muß daher, gleich der Urtheilskraft im Menschen, die einzelnen Fälle unter das Gesetz subsumiren und bewürken, daß in ihnen das geschehe, was das Gesetz bestimmt.

F 3

131.

Also begreift sie 1) das *Recht der Untersuchung*. (jus cognoscendi) Dieß ist die aufsehende Gewalt, welche mit ihr, so wie mit der Gesetzgebenden Gewalt verbunden ist. Denn, da es ihre Pflicht ist, das Gesetz anzuwenden, so ist auch ihre Pflicht zu untersuchen, ob der Fall des Gesetzes vorhanden sey.

* Es ist bekannt, daß man die executive Gewalt von der richterlichen in der Theorie hat trennen wollen, weil, meinte man, die executive nicht, wie die richterliche zu untersuchen hätte. Dieß bedarf nur der Bemerkung: Wenn das Gesetz sagt: Wer eine Hufe Landes besitzt, zahle jährlich zehn Thaler Steuer davon — so muß doch wohl in der Anwendung die Untersuchung eben so gut voran gehen: ob ein gewisser Staatsbürger eine Hufe besitze, als bey der Anwendung irgend eines Civil- oder Criminal-Justitz Gesetzes. Ja die Untersuchung ist oft nicht minder schwierig.

132.

Diesem Recht, oder dieser Pflicht der vollziehenden Gewalt entspricht also auch die Pflicht des Unterthan, ihr bekannt zu machen, was zur Subsumtion des Falles unter das Gesetz dienet, und bekannt zu machen in seinem Vermögen steht. (§. 110.)

- * Beyspiele liefert hier der gewöhnliche Proceß. Eine wunderbare Inconsequenz sind die Vorwürfe, welche man dem Preussischen Proceß gemacht hat. Man will ja, daß der Zeuge alle seine Wissenschaft auslege, und man will den Partheyen erlauben nur so viel zu sagen als sie wollen?

133.

II. Dann hat die vollziehende Gewalt, das *Recht des Befehlens oder der Entscheidung* (jus mandatorum oder decidendi) Nämlich nach der Untersuchung giebt sie die Bestimmung, den Befehl wie es im vorliegenden Falle seyn und geschehen solle.

- * Jede Operation oder vollziehende Gewalt, ist ein Syllogismus, zu dem das

Gesetz die majorem giebt , die Untersuchung die minorem , die Entscheidung die Conclusion.

134.

Dem Befehl der executiven Gewalt zu gehorsamen ist der Unterthan vollkommen verpflichtet. (§. 90.)

135.

Aber die vollziehende Gewalt kann auch nichts anders befehlen, als was die gesetzgebende Gewalt bestimmt hat.

* Die vollziehende Gewalt ist also der gesetzgebenden untergeordnet, in sofern sie sich in verschiedenen Händen befinden, es sey dann, daß man der Person, welcher man die vollziehende Gewalt aufträgt, auch einen Antheil an der Gesetzgebenden einräumt.

136.

Wenn das Gesetz, welches angewandt werden soll, dunkel ist, und die Dunkelheit liegt in dem Gesetz selbst, (lex in thesi obscura) so daß an sich die Absicht der gesetzgebenden

gebenden Gewalt, wie es gehalten werden soll, nicht daraus erhellet: so darf nicht die vollziehende Gewalt das Gesetz erklären, sondern sie muß von der Gesetzgebenden die Erklärung suchen.

Denn in diesem Fall hat die gesetzgebende Gewalt noch wirklich nicht bestimmt, sondern dies geschieht erst durch die Erklärung. Die Bestimmung aber zu geben liegt der Gesetzgebenden, nicht der vollziehenden Gewalt ob.

137.

Liegt aber die Dunkelheit nicht im Gesetz selbst, sondern nur in dem Falle, der vorliegt, so daß zwar der Fall nicht wirklich der ist, den das Gesetz annahm, aber gleichwohl aus der Bestimmung des Falls im Gesetz sich die Absicht der Gesetzgebenden Gewalt, wie im vorliegenden verfahren werden soll, ergiebt; (*lex in hypothesis obscura*) so gehört die Erklärung für die executive Gewalt.

Denn der Ausdruck: Erklärung ist hier nur uneigentlich, und statt des Ausdrucks:

Anwendung gebraucht — welche das eigne Geschäft der executiven Gewalt ist.

138.

Alsdenn entscheidet also die executive Gewalt den vorkommenden Fall nach der Absicht der Gesetzgebenden Gewalt bey dem im Gesetz entschiedenen entweder durch Restriction, oder durch Extension.

139.

Durch Restriction — wo nemlich das Gesetz auf einen Fall nicht angewandt wird, ob er gleich im Wort des Gesetzes entschieden zu seyn scheint, weil entweder 1) die Haupt - Umstände in dem vom Gesetz entschiedenen und dem vorliegenden Falle nicht gleich sind, (*diversitas notionis*) oder 2) in den Neben - Umständen des letzten solche sind, auf welche des Gesetzes Absicht nicht paßt. (*diversitas rationis*)

140.

Durch Extension — wenn das Gesetz auf einen im Buchstaben des Gesetzes nicht ent-

enthaltenen Fall angewandt wird, wenn 1) die Haupt-Umstände eines vom Gesetz entschiedenen, und des vorliegenden gleich sind (*identitas notionis*) auch 2) in den Neben-Umständen des letztern keine enthalten sind, welche die Absicht des Gesetzes vermöge des Staatszwecks ändern würden. (*identitas rationis*)

141.

Im zweifelhaften Fall muß die vollziehende Gewalt, die Entscheidung der gesetzgebenden Gewalt fordern.

* Es ist wahr, daß im absoluten Staatsrecht keine Staatsverfassung besonders abgehandelt werden sollte. Aber da die Gewalten, als verschiedene moralische Persönlichkeiten angesehen werden können, so ist auch wirklich hier nicht von den Staaten die Rede, die die executive und legislative Gewalt wirklich verschiedenen Personen anvertraut haben.

142.

III. Endlich hat die vollziehende Gewalt das Recht der Ausführung (*jus exsequendi*)
das

das ist, das Recht, durch physische Gewalt ihre Befehle befolgt zu machen, sey es gegen vernunftlose Natur oder gegen Menschen, und hiefür die Kräfte der Unterthanen aufzubieten, oder das Staats-Vermögen zu diesem Zwang anzuwenden.

143.

Gegen Menschen, welche gegen den Zweck des Staats handeln und dem Begehren der executiven Gewalt nicht Folge leisten, verfährt sie, als Repräsentantin (§. 103.) des beleidigten Staats, nach dem Recht des Beleidigten mit Strafe.

* R. N. R. Abschn. IX.

XIII.

144.

Unter den Gegenständen, welche die höchste Gewalt beschäftigen (§. 106.) sind zu nächst diejenigen, die das Verhältniß des Staats gegen alle außer dem Staat betreffen. Die Majestäts-Rechte gegen diese heißen, die *äußern*. (*jura majestatis transeuntia*) Und die-
jeni-

jenigen, gegen welche sie zustehen, sind entweder andre Staaten, oder einzelne Personen, auch Gesellschaften, die nicht Staaten sind.

145.

Was sie auch seyen, so hat der Staat nur vollkommne aber keine unvollkommne Pflichten gegen sie.

Denn die moralische Persönlichkeit besteht bloß in der Vereinigung des Willens aller Staatsbürger zum Zweck des Staats.

Da nun vollkommne Pflichten diejenigen sind, welche niemals eine Ausnahme leiden, (R. N. R. III.) so hat der Staat, das ist, der Wille der Mitglieder in so fern sie vereinigt sind, allerdings diese vollkommne Pflichten, als stets unerlaßlich.

Da aber der Staat nur einen Willen in Rücksicht seines Zwecks hat, und nichts in ihm als für diesen Zweck bestimmt werden kann: so hat er keine unvollkommene Pflichten, als welche kein anderer für jemand ohne besondern Auftrag verwalten kann, welcher hier nicht Statt findet.

* Anna-

* Annalen der Rechte des Menschen
ff. I.

146.

Der Souverain kann also das Staats- Vermögen und die Kräfte der Unterthanen nicht zum Vortheil anderer außer dem Staat verwenden.

147.

Aber der eigne Vortheil seines Staats kann ihn berechtigen Fremden Beystand zu leisten oder ihnen Vortheile zuzuwenden.

148.

Nur allein der Souverain ist berechtigt, die Angelegenheiten des Staats gegen Auswärtige zu verwalten, da ihm allein überall die Wahl der Mittel zum Zweck des Staates anvertraut ist.

149.

Gegen Fremde Staaten verhält sich der Staat wie eine einzelne Person gegen eine einzelne. Der Souverain kann daher gegen andre Staaten und muß gegen sie behaupten 1) die Existenz seines Staats, 2) die Unabhängigkeit

gigkeit desselben, und 3) das Gebiet — so wie der einzelne Mensch seine Person, Freyheit und Eigenthum gegen andere zu behaupten hat.

* Man vergleiche hierüber R. N. R. Abschnitt XII.

150.

Von einem andern Staat beleidigt, kann der Souverain also gleich einem Beleidigten, die Kräfte seines Staates aufbieten, sein Recht auf Strafe und Ersatz zu verfolgen. Diefs ist das *Recht des Krieges*.

* Das Völker-Recht bestimmt den Begriff des Krieges, der Repressalien und der Retorsionen näher.

151.

Auch kann der Souverain des Staats mit andern Staaten Verträge aller Art schliessen, als Frieden nach dem Kriege, Bündnisse, und andre.

152.

Im Fall der Noth wird er selbst ein Theil des Gebietes abtreten können, nicht weil die
Noth

Noth Verpflichtungen aufhöbe, sondern, weil die Sicherheit, sowohl der Abzutretenden, als der zu Erhaltenden ihn hierzu berechtigt.

153.

Er wird hinwieder, leider! oft berechtigt seyn, zur Erweiterung seines Gebietes Kriege zu führen, wenn dieß das einzige Mittel ist, die Existenz, die Unabhängigkeit und das Gebiet seines Staats gegen Uebermächtige zu erhalten.

154.

Endlich kann der Staat auch mit andern Staaten durch Verträge sich vereinigen, für die Zukunft nur *Einen Staat* auszumachen.

155.

Gegen einzelne Fremde mag der Staat eben so wie gegen Staaten als Beleidigter sein Recht verfolgen, oder mit ihnen Verträge schließen.

156.

Wenn ein Staatsbürger ein *Verbrechen* begeht, das ist, wenn er den Staats-Vertrag bricht,

bricht, und entweder, was er nach demselben dem Staat leisten soll, nicht leistet, oder vielleicht gar selbst die Sicherheit des Staats stöhr: so zerreißt er die Bande mit dem Staat, hört auf Staatsbürger zu seyn, und wird ein Feind desselben.

* Die Abstammung des Teutschen Worts: Verbrechen selbst zeigt auf den *Bruch* hin, den der Verbrecher am Staats-Frieden begeht. Ursprünglich ist im Staate nur 1) das ein Verbrechen, was wir itzt nennen ein *delictum rem publicam immediate laedens*. Alles andere bleibt noch bloßes Vergehen, außer dem 2) werden in der Folge auch Verletzungen der Rechte Einzelner, dem Staats-Vertrage ganz gemäß, auch als Verbrechen angesehen, (*delicta privata transeunt in publica*) 3) zählt man auch andere Handlungen, worauf das Gesetz eine Strafe setzt, hinzu, und diese sind wieder zweyerley Art, nemlich a) Handlungen, die an sich niemandes Recht verletzen, aber Gefinnungen *äußern*, welche der gute Bürger nicht hegen soll — (z. B. *injuriae*,

delicta carnis, blasphemiae) b) Einige Vergehungen in Polizey - Sachen, indem man andre z. B. unterlassene Strafsen - Reinigung — oder Contumaz in Justiz - und verspätete Zahlung in Finanz - Sachen, auf welchen auch Strafen stehen, noch immer nicht zu den Criminal - Verbrechen zählt. (S. §. 158 und 195.)

157.

Daher ist dann auch der Staat befugt, gegen den Verbrecher als Feind zu verfahren.

* Der Verbrecher thut nichts anders, als ein feindliches Heer. Nun hat wohl niemand die Frage aufgeworfen: Ob ein Staat wohl befugt sey, einem feindlichen Heere eine Schlacht zu liefern und die feindlichen Krieger zu tödten? Und der Staat sollte nicht befugt seyn, den Feind zu tödten, den wir Verbrecher nennen? Die Anzahl macht hier nichts, die Gefangenschaft auch nichts. Denn es ist keine Gefangenschaft, gegen welche man das Leben versprochen hat, wie im Kriege, und über die Grenze des Rechts

Rechts des Beleidigten läßt sich keine Regul des äußern Rechts geben. Aber ob die Todesstrafe rathsam sey? ist eine politische Frage, und ich sollte glauben, daß die Politik sie verneint. Doch ich fühle auch die Autorität aller Völker gegen diese Meinung.

158.

Die Gesetzgebende Macht ist befugt zu erklären, was für Handlungen den Verlust des Staatsbürger-Rechts, und die Behandlung des Verbrechers als Feind zur Folge haben, und wie man gegen den Verbrecher dann verfahren solle.

- * So unterscheidet sich also das Criminal-Verbrechen von den Vergehungen, als auf welche zwar Strafe (*poena non capitalis*) aber nicht der Verlust der Mitgliedschaft des Staats (durch Tod, Verbannung etc. *poena capitalis*) steht. Aber freylich die Grenze des Unterschiedes ist ganz willkührlich. Berechtigt ist der Staat sie zu setzen, wo er will.

159.

Die Gesetzgebung, in so fern sie mit diesen Erklärungen sich beschäftigt, heisst die *Criminal-Gesetzgebung*.

160.

Die vollziehende Gewalt, in sofern sie die Criminal - Gesetze in Ausübung bringt, heisst Criminal - Richterliche Gewalt.

XVI.

161.

Innere Majestäts - Rechte (*jura majestatis immanentia*) sind diejenigen, welche das Verhältniss zwischen Souverainität und Unterthanschaft betreffen. Und zu den Gegenständen derselben, gehören das Staats - Vermögen, die Handlungen und die Modificationen der Ur - Rechte der Unterthanen.

162.

1) Das Recht der Souverainität, welches die Bestimmung über das Staats - Vermögen betrifft, heisst die Finanz - Hoheit.

163.

163.

So fern die Gesetzgebende Macht hierüber blofs Bestimmungen promulgirt (Finanz-Gesetze) heisst sie das *Besteuerungs - Recht* (potestas circa tributa, jus tributorum.)

164.

So fern die vollziehende Gewalt diese Gesetze in Ausübung bringt, heisst sie, die *Finanz-Verwaltung* (jus aerarii publici) welche denn sowohl die Einhebung der bestimmten Einkünfte, als die Verwendung derselben dem Gesetz gemäfs betrifft.

165.

Zum Staats - Vermögen gehört nur dasjenige, was aus dem Recht der Staatsbürger in das Recht des Staats kömmt. (§. 41. 42.)

166.

Dies kann nun zum Staat kommen, zu erst, wenn es für immer den Bedürfnissen für den Zweck des Staats gewidmet ist, sey es, dass die Staatsbürger verbindlich gemacht
G 3 sind,

sind, gewisse Sachen nie zu occupiren, (jus circa adespota) oder dafs sie aus dem Vermögen der Einzelnen für immer in das der Souverainität gegeben sind. (fundus publicus)

- * Ein Recht über herrenloses Gut ist also nur ein zufälliges Majestäts Recht. Unsere Domainen in Teutschland sind kein fundus publicus, sondern ein fundus patrimonialis principis.

167.

Dann zweytens wird es für die einzelnen Bedürfnisse aus dem Eigenthum des Staatsbürgers von Zeit zu Zeit in das Eigenthum des Staats gegeben — und dies heisset: *Steuer, Abgabe.*

168.

Weil nun alles Vermögen im Staat ursprünglich nur in den Producten der Natur des Gebietes liegt, so ist die Steuer, wenn sie unmittelbar von den Natur-Producten erhoben wird, eine directe Steuer.

- * Es versteht sich, dafs Geld für diese Producte gezahlt, die Steuer nicht zur indirecten mache.

169.

169.

Der Staat hat aber das Recht, falls er die *directe* Steuer nicht rathsam finden sollte, *indirecte* aufzulegen, das ist, solche, welche nicht unmittelbar von den Producten gehoben werden. Dahin gehören die Auflagen auf unbewegliche Sachen (*Grundsteuern*) auf die Verzehrung, (*Licent, Accise*) auf Gewerbe (*taille d'industrie,*) und andre.

170.

Aber alle diese Auflagen fallen am Ende auf die Producte des Landes zurück.

Nemlich — der Käufer macht immer da den Preis, wo mehrere Verkäufer sind, und der Verkäufer macht ihn, wo mehrere Käufer seiner Waare concurriren. Nun ist selbst in den cultivirtesten Ländern die Zahl derer, welche mit Natur - Producten handeln bey weitem gröfser, als die Anzahl derer, welche Kunst- und ausländische Producte verkaufen (in Europa im Durchschnitt wie 5 : 1.) Folglich machen die letztern allemal den Preis, sie mögen ihre Kunst- und

ausländischen Producte verkaufen (denn da sind also in Europa 5. Käufer gegen 1. Verkäufer) oder die Natur-Producte von jenen kaufen (denn da ist in Europa 1 Käufer gegen 5 Verkäufer.) Sie werden also alle auf ihre Consumtion oder ihren Fleiß u. s. w. gemachte Auflagen von denen wieder fordern, denen sie ihre Arbeit oder fremde Waare verkaufen.

171.

Also reduciren sich alle Auflagen auf den Grund-Eigenthümer allein.

* Eine Gesellschaft brandenburgischer Patrioten, welche vor ein Paar Jahren ein Buch gegen Herrn Ritter von Zimmermann herausgab, glaubte durch eine Anmerkung allen Physiocratismus niederzuwerfen: „die Erfahrung lehre, daß alle Preussische Städte durch die Einführung der Accise schnell emporgebracht worden.“ Nichts bestätigt den Physiocratismus mehr. Denn bey den vorigen Contributionen konnte der Bürger die Abgabe nicht genau wieder auf das aufschlagen, was er verkauf-

kaufte, das konnte er aber nach der Einführung des Licents genau.

Ob übrigens die Einführung der physiocratischen Steuer selbst rathsam sey oder nicht — das ist eine Frage, welche auf die Wahrheit des physiocratischen Grundsatzes keinen Einfluß hat, und deren Beleuchtung nicht hieher gehört.

** Noch eine Quelle von Einkünften kann sich der Staat von fremden eröffnen, wenn er ihnen Zölle, Geleitsgelder u. s. w. auflegt. Diefs gehört oben hin XIII. 155.

172.

Da jeder von dem seinigen immer so wenig als möglich, selbst zu seiner Sicherheit, ausgeben will: so ist dem Souverain im Unterwerfungs-Vertrage die grösste Oeconomie mit dem Staats - Vermögen stillschweigend zur Pflicht gemacht.

173.

Da aber im Staat, welcher das höchste Interesse jedes einzelnen, die Sicherheit besorgt, nicht wie bey der Wirthschaft des

Privat - Mannes die Ausgabe sich nach der Einnahme richten kann, sondern vielmehr die Einnahme nach der Ausgabe bestimmt werden muß: so hat der Unterthan die Pflicht, sich jedem Finanz - Gesetz zu unterwerfen.

* Versteht sich nur für Bedürfnisse zum Zweck des Staats.

174.

II. Das Recht der Souverainität, die Handlungen der Unterthanen für den Zweck des Staats zu bestimmen, heisst *Polizeyhoheit*.

175.

Sofern die Gesetzgebende Gewalt hierüber Bestimmung macht, heisst sie *Polizey - Gesetzgebungs - Recht*. (jus politiae)

176.

Sofern die vollziehende Gewalt die Polizey - Gesetze vollzieht, heisst sie *Polizey - Gerichtsbarkeit*. (jurisdictio politica)

177.

Die Polizey - Hoheit bestimmt aber die Handlungen der Unterthanen theils um unmittel-

mittelbar, theils um mittelbar die Sicherheit, welche des Staats Zweck ist, zu befördern. In jenem Fall kann man sie die *allgemeine* Polizey nennen, weil diese auch in den Staaten roher Völker angetroffen wird; in dem letztern Fall aber, die *besondere* Polizey, weil sie nur unter gesitteten Völkern anzutreffen ist.

178.

Unmittelbar beschäftigen die Polizey, theils böse Menschen, theils böse Natur. Gegen jene trifft sie Veranstaltungen Verbrechen zu erschweren, oder geschehene schleunig zu entdecken. Gegen diese, sucht sie den Schaden zu verhüten, den sie verursachen könnten, und veranstaltet Quarantainen, trocknet Sümpfe, ziehet Dämme, u. f. w.

179.

Mittelbar trifft sie zur Sicherheit Anstalten, indem sie die Mittel, wodurch der Staat sich schützen kann, zu erhöhen und zu vermehren sucht, welche Mittel (§. 30.) theils in den Menschen, theils in dem Staats-Vermögen liegen.

180.

So sorgt also die Polizey mit Recht theils für die Bevölkerung, theils für die bürgerliche Bildung der Menschen. Für die Bevölkerung durch Medicinal-Anstalten, Erleichterung der Heyrathen, und des Unterhalts; für die bürgerliche Bildung durch Industrie-Schulen und Anstalten zum Unterricht künftiger Diener des Staats.

* Die zweckmäßige Bildung des Menschen, als Menschen, gehört nicht für den Staat, sondern für die Eltern, für die Kirche. Industrie-Schulen haben wir zu wenig. Uebrigens haben wir unsre Land-Schulen und niedern Stadt-Schulen in Teutschland sehr richtig der Kirche überlassen; und ich glaube, daß der gute religiöse Unterricht das zweckmäßigste sey, was für die Cultur des großen Haufens geschehen könne.

Für die Vermehrung des Staats-Vermögens sorgte die Polizey durch die Hinwegräumung

mung der Hindernisse, welche der Gewinnung, der Veredlung und der Vertauschung der Producte, das ist, der Oeconomie, den Künsten und Gewerken und dem Handel im Wege sind.

- * Unsere Cameralisten wollen dieß alles so gar befördern! Mögen sie das. Sie haben auch Ursache den Schwierigkeiten entgegen zu arbeiten, welche sie selbst in den Weg gelegt haben. Nur glückt es noch immer nicht, durch positive Beförderungs-Mittel wieder einzubringen, was man positiv erschwert hat, z. B. durch willkührliche Leibeigenschaft, durch Fabriken-Privilegien, durch Verbote von Einfuhr und Ausfuhr. u. d. gl.

182.

Die besondere Polizey einzelner Gesellschaften im Staat, z. B. der Städte, der Zünfte, der Dörfer, kann vom Staat ebenfalls besorgt werden, in so fern diese Gesellschaften ihren Zweck als ein Theil der Rechte ihrer Glieder unter den Schutz des Staats

Staats stellen. Dieß nennt man die *niedere Policy*.

* Ich nenne hier die Zünfte, um durch das obige nicht den Verdacht zu erregen, als sey diese (freylich Misbräuchen unterworfenen) weise Anstalt unserer Vorfahren jenen Hindernissen der Industrie an die Seite gesetzt. Sie scheinen der Damm, den man den großen Fabriken der alten Griechen und Römer, die mit Slaven getrieben wurden, entgensetzte. Denn diese entzogen der Industrie ihren Lohn, um ihn in den Beutel des Projectanten zu streichen, und machten theils bitter arme, theils übermäßig reiche Menschen im Staate. So auch die westphälische Leibeigenschaft verdient, daß ein Möser sie vertheidigt. Aber die, wo unter dem Recht des Peitschenschlages des Herrn, der Bauer nur eigenthumloser Wirth ist, muß jeden Menschenfreund das Herz blutend machen.

183.

III. Darf der Staat die Handlungen der Unterthanen zum Zweck des Staats lenken, hat er das Recht auch über ihr Vermögen Bestimmungen zu machen: so ist er auch befugt ihnen Vorschrift über ihre Privat-Rechte, das ist, diejenigen, welche sich nicht auf die höchste Gewalt selbst beziehen, zu geben. Dieses Recht des Souverains ist die *Civil-Justiz-Hoheit*.

184.

Sofern die Gesetzgebende Gewalt hierüber Bestimmungen festsetzt; heisset sie *Civil-Justiz-Gesetzgebung*. — (*potestas legislativa civilis*)

185.

Sofern aber die vollziehende Gewalt diese Gesetze anwendet, heisst sie, *richterliche Gewalt*, (*potestas judiciaria*) oder *Civil-Gerichtsbarkeit* (*jurisdictio civilis*)

* Der Unterschied zwischen *jurisdictio sublimis* und *jurisdictio subordinata* gehört in das hypothetische Staats-Recht.

** Die

****** Die Gesetze der Civil-Justiz-Gesetzgebung und der Criminal-Gesetzgebung sind es, welche der Rechtsgelehrte im eminenten Sinn Gesetze nennt.

186.

Es versteht sich, daß die Civil-Justiz-Gesetzgebung die Ur-Rechte der Menschheit selbst nicht ändern kann. Denn gerade um diese zu sichern, tritt der Mensch in den Staat.

187.

Auch kann sie wirklich erworbene Rechte nie nehmen. Denn da die Erwerbung in nichts anderm besteht, als in solcher Vereinigung eines Objects mit unserm Ur-Rechte, daß es uns ohne Verletzung dieser nicht entzogen werden kann; so würde erworbene Rechte nehmen, nichts anders heißen, als die Ur-Rechte kränken.

* R. N. R. Absch. VII. VIII.

188.

Nur kann die Gesetzgebende Gewalt die äußern unvollkommenen Pflichten in vollkom-

kommene verwandeln, so weit dieß der Zweck des Staats erfordert. Denn ihr Befehl macht selbst schon vermöge des Unterwerfungs-Vertrages vollkommene Pflicht.

* Dadurch wird gleichsam ein Damm um die natürlich vollkommenen Rechte zu deren Sicherheit hergezogen.

189.

Daher kann sie die Erwerbungsarten theils einschränken, theils erweitern; die Verluſtarten aber nur einschränken, nicht erweitern. (§. 187.)

* Man hat neulich ein natürliches Privatrecht wieder in die Natur-Rechts-Wissenschaft einführen wollen. Allein alles, was darin gesagt werden mag, ist nichts als Regel für die Gesetzgebende Gewalt, was sie hierin thun dürfe, oder nicht, also allein Staats-Recht. Der Staat ändert nichts nothwendig an dem natürlichen Recht des Bürgers. Es giebt daher kein natürliches Privatrecht, in diesem Sinn, als das natürliche Recht des Einzelnen überhaupt.

Da die Gesetze überhaupt eine relative Gleichheit für alle Bürger haben müssen, das ist, daß jeder in der ganz gleichen Lage, ganz gleiche Rechte und Pflichten durch sie erhalten muß; so muß auch der Souverain in den Civil - Justiz - Gesetzen die nemliche Regel befolgen. (§. 117.)

* Wenn man z. B. die Erbfolge der Gutsbesitzer nach den nemlichen Regeln einrichtet, wie die des Städters, so ist diese Gleichheit offenbar die größte Ungleichheit. Die 8 Söhne eines Rentnirers theilen seine Capitalien von 80,000 fl. in 8 gleiche Theile, zu 10,000 fl. und jeder zieht izt seine Revenue gleich. Sollten aber 8 Söhne eines Grund-Eigenthümers dessen Gut von 80,000 fl. Werth eben so theilen? Soll der, welcher es übernimmt seinen 7 Brüdern 70,000 fl. auszahlen, und nun auf dem verschuldeten Gute für seine 10,000 fl. noch die Arbeit der Verwaltung übernehmen, und bey dem nächsten Kriege oder Miswachs gänzlich ruinirt

ruinirt werden? — Wenn wird man überall einsehen, daß die Menschen in den Ur-Rechten und in dem *Schutz* ihrer erworbenen Rechte allein sich gleich find; daß in den erworbenen Rechten ewig Ungleichheit sey; daß endlich in allen Staaten die Ungleichheit in dem, was der Staat giebt, eben deshalb nöthig sey, um die Gleichheit der Ur-Rechte und des Schutzes zu erhalten. Wollt Ihr aber, daß alle Menschen überall gleich seyn sollen? Es ist ein Mittel dafür: Macht sie alle moralisch vollkommen!

191.

Um die Sicherheit der Rechte zu erhalten, um zu hindern, daß unter dem Vorwande gerechter Ansprüche, nicht ungerechte Verletzungen ausgeübt werden (denn die Menschen sind böse) so muß im Staat durchaus das Recht der Strafe und des Zwingens zum Ersatz unter Unterthanen, welche nicht durch die Natur dazu berechtigt sind, wie z. B. der Vater gegen das Kind, verboten, und nach dem Unterwerfungs - Vertrage vom

H 2

Souve-

Souverain übernommen seyn, (§. 89. 91.)
welches gerade die Civilrichterliche Gewalt ist.

192.

Aber eben deswegen kann die Civilrichterliche Gewalt dies Recht nie anders ausüben, als auf die *Klage* dessen, der sich verletzt hält. Denn, so fern dieser nicht klagt, sich also seines Rechts begiebt, ist er nicht verletzt, und die Civilrichterliche Gewalt würde also dem angeblichen Verletzer widerrechtliche Gewalt thun.

* Ein anderes ist bey Verletzungen, auf welche der Staat die Strafe, als Feind behandelt zu werden, (Capital- oder Criminal-Strafe) gesetzt hat. Da verfolgt der Staat den allgemeinen Feind, den die Verzeihung Eines, nicht mit dem Ganzen ausföhnt.

193.

Die richterliche Gewalt kann aber auf Bitte der Unterthanen nicht nur gegenwärtige Streitigkeiten, wo einer gegen einen andern ein Recht behauptet, welches dieser leug-

leugnet, entscheiden (*jurisdictio contentiosa*) sondern auch zur Verhütung künftiger Streitigkeiten Verfügungen machen. (*jurisdictio voluntaria*)

- * Vieles, was die positiven Verfassungen zur voluntären Jurisdiction geschlagen haben, gehört wirklich zur Policey; so wie vieles zur Polizey geschlagen ist, was zur Civil-Justiz gehörte. Eben so hat man auch oft nicht-capitale Strafen der Criminal-Justiz überlassen.

194.

Nie kann der Souverain irgend eines Unterthanen Klage ungehört lassen, oder mit irgend jemand partheyisch bey seinen Rechtsstreiten verfahren.

195.

Zur Aufrechthaltung der Polizey- oder Finanz- oder Civil- Befehle kann die executive Macht auch Strafen gebrauchen, welche aber von der Behandlung des Verbrechers (§. 157.) (freylich nach willkührlicher Bestimmung der gesetzgebenden Gewalt) sich

dadurch unterscheidet, daß im letzten Fall das Vergehen nicht als Verbrechen, nicht als Feindschaft wider den Staat angesehen wird, der Fehlende also noch immer als Bürger behandelt wird.

XV.

196.

Zufällige Majestäts-Rechte sind alle die, welche nicht wie die bisher genannten, in dem Unterwerfungs-Vertrage selbst liegen.

197.

Sie werden, sofern sie innere Rechte sind, bloß erworben durch den Willen der Gesetzgebenden Gewalt, welche sie allein selbst sich zueignen kann.

Denn da sie nicht im Unterwerfungs-Vertrage übertragen sind: so würde eines Theils keine Macht sie zu übertragen da seyn, andern Theils aber können diese Rechte nur als Mittel zum Zweck des Staats dienen, folglich nur unter der Bestimmung der Gesetzgebenden Gewalt stehen.

198.

198.

Gegen Auswärtige indess können sie theils durch Verträge, theils aber als Ersatz für Beleidigungen erworben werden.

* z. B. Staats-Servituten.

199.

Die innern dieser Rechte nennt man *benutzbare Regalien*, wenn sie vermöge des Besteuerungs-Rechts als Einkünfte des Staats verordnet werden; *unbenutzbare*, wenn sie andere Zwecke haben.

* Zu den letztern sollte das Münzregal gehören, nicht zu den erstern; doch ist dieß Regel der Politik, nicht des Staatsrechts.

200.

Unter den unbenutzbaren ist das vorzüglichste das Recht der *Aemter*, oder das Recht, einzelne Geschäfte für den Staat einzelnen Personen zu übertragen.

* Die Gerechtigkeit fordert, so fern die Aemter nicht *Reihe - Last* ist, Ersatz (§. 118.) und die Politik ihre Dauer.

H 4

Sobald

Sobald Aemter eine langjährige Vorbereitung zu ihnen fordern, und der Staat in der Regel sie auf Zeitlebens verleiht: so entsteht auch für den, der sie übernimmt, ein Recht, nicht entsetzt zu werden, als nach vorgängiger Verwürkung.

****** Das Recht der Ehren und Würden ist mehr eine bloße Polizey - Operation. Dafs Personen vorzügliche Ehrenbezeugungen beygelegt werden, und was kann der Staat mehr? ist unstreitig eine der besten politischen Erfindungen. Was hält mehr im Gehorsam, als diese, (dadurch wirklich nützliche) Spielwerke? Da die Menschen wahrlich nie durch bloße Vernunft regiert werden können — will man denn nicht diese gelindern Eindrücke der Sinnlichkeit benutzen, oder will man lieber die executive Gewalt nöthigen, in jedem Fall durch das Schwert und jedes Aeufserste sich Gehorsam zu verschaffen?

Hypo-

Hypothetisches Staats-Recht.

XVI.

201.

Der Inbegriff aller Modificationen des Unterwerfungs - Vertrages , heist die *Staats-Verfassung*, die *Regierungs-Form*; (*forma reipublicae*)

202.

Die ausdrücklichen Bestimmungen über sie, also ausdrückliche Verträge zwischen den Staatsbürgern und dem Souverain, *Fundamental-Gesetze*, und die stillschweigenden, *Fundamental-Observanzen*.

203.

Das Ur-Volk hat die freye Gewalt eine *Regierungs-Form* zu erwählen. (§. 94.)

204.

Wenn es aber einen Fremden beleidigt hat, so kann dieser als Eroberer die *Regierungs-Form* ihm geben.

H 5

205.

205.

Ueberall ist jede Staats-Verfassung rechtmäfsig, welche rechtmäfsig entsteht.

206.

Man erschöpft die Möglichkeit aller Arten von Regierungs Formen, wenn man sie in wahre und entartete, in reine und vermischte, in einfache und zusammengesetzte theilt.

207.

Einfach sind diejenigen, welche nur Eine Souverainität, wenn gleich unter mehrere Personen vertheilt, erkennen; *zusammengesetzte* sind diejenigen, wo mehrere Staaten, mit Vorbehalt ihrer besondern Souverainität, sich einer allgemeinen Souverainität unterwerfen, sey es überall, sey es nur für gewisse Majestäts-Rechte. (§. 154.)

208.

Rein sind sie dann, wenn die Souverainität nur Einer einzigen Person, einer physischen, oder einer moralischen Person (§. 78.) über-

übertragen; und *vermischte*, wenn die Souverainität unter mehreren von einander unabhängigen Personen getheilt ist.

209.

Wahre sind sie, wenn sie den Grundsätzen pantocratischer Staaten gemäß sind, und *entartete*, wenn sie von diesen abweichen.

210.

Wenn ein pantocratischer Staat Einer physischen Person die Souverainität übertragen hat: so heisst er eine *Monarchie*; wenn hingegen diese physische Person ausser der Souverainität noch andre Gewalt über alle Unterthanen hat, entweder mit Recht (z. B. Gutsherrliche Gewalt, oder eine Caliphenschaft über alle (§. 13.) oder mit Unrecht, indem sie ihre Souverainität als Tyrann misbraucht, so ist der Staat eine *Despotie* (§. 209.)

* Eine Caliphenschaft, sage ich. Denn die Kirchengewalt unserer protestantischen Fürsten wird jeder davon leicht unterscheiden.

211.

Der Monarch oder Despot kann entweder von der Nation stets erwählt werden, oder die Regierung einer Familie erblich übertragen seyn. (*Wahl-Monarchie, Erb-Monarchie.*)

* In beyden Fällen ist also dem Zufall, die Bestimmung der Person des Souverains überlassen, hier dem Zufall der Geburt, dort dem noch regellosern Zufall der Wahl. Denn jener mäsigt — was dieser nicht kennt — Familien-Interesse, und Wahrscheinlichkeit einer zweckmässigen Erziehung, auch Entfernung aller Privat-Verbindung.

Wenn einer bestimmten moralischen Person die Souverainität übertragen ist: so heisst die Regierungs-Form eine *Aristocratie*, welche, wenn die Aristocraten noch andere (z. B. gutsherrliche) Verhältnisse zu den Staatsbürgern haben, oder für ihre Privatzwecke die Souverainität misbrauchen, eine *Oligarchie* genannt zu werden pflegt. (§. 210.)

213.

Auch die Aristocratie kann Erb- oder Wahl-Aristocratie seyn.

214.

Wenn endlich die unbestimmte moralische Person der jedesmaligen Stimmen-Mehrheit unter den Staatsbürgern, die Souverainität hat: so ist die Verfassung eine *Democratie*. Diese entartet in eine *Ochlocratie*, wenn entweder die einreißende Sittenlosigkeit das Volk in fultanischen Launen den Zweck, also die Grenze seiner Gewalt vergessen macht, — oder wenn Beywohner (nicht als moralische Personen, die Grund-Eigenthum haben, wie oben §. 68. sondern) für ihre Personen, Stimmen im Staat erhalten.

215.

Diese verschiedenen Arten von Regierungs-Formen hat man auf mannigfaltige Art zu mischen gesucht.

216.

Wenn in den monarchischen oder aristocratischen Staaten die Staatsbürger einigen aus ihrem Mittel das Amt übertragen, Rechte der Unterthanschaft gegen die Souverainität zu verwalten und zu sichern, so nennt man sie *Repräsentanten*.

* Es ist die Pflicht der Politik, die mannigfaltige Möglichkeit der Vermischungen zu zeigen. Aber sonderbar, daß keine je Bestand hatte, welche sich nicht von selbst entwickelte, sondern durch Entwürfe von Staatsreformatoren plötzlich eingeführt wurde. Großbritanniens Verfassung steht unerschüttert. Denn was dort Revolution heißt, war nicht Umsturz, sondern Wiederherstellung.

XVII.

Wenn der Unterwerfungs - Vertrag geschlossen ist: so steht es nicht in der Gewalt des Souverains, die Staats - Verfassung zu ändern. Denn er kann ein Recht nur unter
den

den Bedingungen behalten, mit denen es ihm übertragen ist.

* Auch die Majorität in der Demokratie an sich kann die Verfassung nicht ändern, wenn es nicht in derselben selbst festgesetzt ist. Denn diese Majorität hat de jure kein anders Recht, als ein Monarch in der Monarchie.

218.

Eben so wenig kann das Volk für sich ohne besondern Grund die Regierungs-Form ändern.

Denn durch den Unterwerfungs - Vertrag sind die beyden moralischen Personen Souverainität und Unterthanschaft gleich gegen einander berechtigt und verpflichtet, und die Pflicht des Gehorsams gegen den Souverain, welche durch den Unterwerfungs-Vertrag entsteht, würde durch ein Recht des Volks hier ohne weitem Grund zu ändern, selbst aufheben. Wenn also das Volk auch ein solches Recht hätte: so würde es nicht nur seinem eignen Besten rathsam, sondern durchaus nothwendig seyn, diesem Rechte

zu entsagen. Und eben dieser Rathsamkeit, eben dieser Nothwendigkeit wegen muß also eine solche Entfagung, als im Unterwerfungsvertrage wirklich geschehen, angenommen werden. Denn es ist ein offener Widerspruch, sich zu Gehorsam verpflichten, und sich das Recht vorbehalten, jeden Augenblick, wenn es uns gefällt, nicht zu gehorchen.

* Es ist also nicht um der Fürsten, sondern um des Volks willen, daß dieß die Verfassung nicht eingenmächtig ändern darf; so wie ja auch die Fürsten nicht um ihrentwillen, sondern um des Volks willen herrschen. Nichts ist abgeschmackter, als die Frage, kann das Recht Eines gegen das Recht von Millionen in Anschlag kommen? Ja! Aber hier ist das nicht einmal der Fall. Hier steht die Souverainität jener Millionen gegen die Unterthanschaft der Millionen, wie Eins gegen Eins.

** Man hat so oft von einem allgemeinen Willen geschwätzt, der die Gesetze soll billi-

billigen können. Aber gerade im Gegentheil ist die Unauflösbarkeit der Verfassung schon um deswillen nöthig, damit ein Fabius Maximus Cunctator gerade gegen den schiefen Blick des allgemeinen Willens durch weises Zaudern den Staat erhalten könne. Uebrigens soll freylich der Fürst nicht verächtlich von des Volkes Stimme denken.

219.

Aber die Staats - Verfassung kann geändert werden, wenn der Souverain und das Volk übereinstimmen, welches auch in dem Fall geschieht, wenn der Souverain zur beliebigen Aenderung im Voraus bevollmächtigt wäre.

220.

Einseitig also kann die Verfassung nur dann geändert, und dem bisherigen Souverain seine Gewalt nur dann rechtmässig entzogen werden, wenn dies eine Pflicht gebietet, welches aber allemal einen Mißbrauch

brauch seiner Gewalt von Seiten des Souverains voraussetzt.

Denn der Misbrauch der Gewalt des Souverains an sich, berechtigt noch nicht, die schuldlosen Mitbürger in das Unglück der Anarchie zu stürzen, oder den Vereinigungsvertrag mit ihnen zu brechen. Dem Recht, zu dessen Ausübung uns die Sinnlichkeit durch Rache oder Ehrgeitz spornen möchte, steht also die höhere Pflicht entgegen. So lange aber der Souverain nicht seine Gewalt misbraucht, kann die Pflicht des Gehorsams, als eine vollkommene Pflicht, auch durch keine andere Pflicht gehoben werden. Im Fall dieses Misbrauchs aber hebt jede Pflicht den Gehorsam, welche er uns zu erfüllen hindert.

* Nie hat eine gewaltsame Revolution so viel Gutes gewürkt, daß nur der tausendste Theil des Uebels dadurch vergütet wäre. Nicht Menschen, sondern Moralität war der schreckliche Verlust. Und wie sollte es anders

ders seyn? Hatte die Vernunft sie hervorgebracht, und kann diese in dem Toben der aufgeregten Sinnlichkeit das Steuer behalten. Ich habe immer mich gewundert, daß man im Ernst glaubte, in Frankreich hätte nach dem 14ten Julius 1789. noch eine Verfassung, auf Philosophie gegründet, hervorgebracht werden können, oder vollends nach dem 5ten October.

**** Philipp 2. misbrauchte seine Gewalt über die Niederländer. Sie waren durch fernern Gehorsam selbst an der Erfüllung der Pflicht gehindert, Gott nach ihrer Ueberzeugung zu dienen. Ihre Revolution war rechtmässig.**

221.

Beywohner können bey den Veränderungen der Regierungs-Form nie eine Stimme haben. Denn da sie den Unterwerfungs-Vertrag nicht mit schliessen; so können sie ihn auch nicht aufheben. (§. 94.) Ueber-

I 2

dem

dem können sie in jedem Augenblick den Staat verlassen, dessen Verfassung ihnen misfällt. (§. 102.)

Die Grund-Eigenthümer werden durch die Revolution, falls sie nicht der neuen Verfassung ihre Zustimmung geben, berechtigt, auch den Vereinigungs - Vertrag aufzuheben. (§. 81.)

Schmalz, Theodor <<von>>,

Das natürliche Staatsrecht

Königsberg 1794

Augsburg, Staats- und Stadtbibliothek -- S 1465

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11278968-6

VD18 11063696